

## INHALT:

<b>Editorial</b>	Seite 158
<b>GI Aktuell</b>	Seite 158
<b>Fristenkontrolle</b> Vorlage der Vorfristakte / Bearbeitung (BGH, Beschl. v. 5.10.1999 - VI ZB 22/99)	Seite 160
<b>Verjährung, Notarhaftung</b> Kenntnis, § 852 BGB / Anderweitige Ersatzmöglichkeit / Beurkundungstätigkeit oder selbständiges Betreuungsgeschäft? / Bestätigung der Fälligkeit (BGH, Urt. v. 17.6.1999 - IX ZR 100/98)	Seite 163
<b>Mitwirkung bei der Beurkundung</b> Hinzuziehung des RA-Sozius / Vollmachtsloser Vertreter / GoA-Haftung des Rechtsanwalts? / Fremdgeschäftsführungswille (OLG Hamm, Urt. v. 22.1.1999 - 29 U 42/98)	Seite 165
<b>Steuerberaterhaftung</b> Ausländisches Steuerrecht / Klagevortrag / Steuerberaterkosten, Doppelbelastung (OLG Köln, Urt. v. 6.11.1998 - 20 U 73/98)	Seite 169
<b>Honorar des Steuerberaters</b> Vereinbarkeit, § 9 Abs. 2 StBGebV / Gegenstandswert, Buchführungshonorar / Vorjahresumsatz (OLG Oldenburg, Urt. v. 1.9.1998 - 5 U 74/98)	Seite 172
<b>Fristenkontrolle</b> Organisationsverschulden / Fristanweisung / Klebezettel / Spezielle Aktenablage im Sekretariat (OLG Hamburg, Beschl. v. 8.6.1998 - 14 U 80/98)	Seite 173
<b>Versicherungsschutz</b> Organisationsmängel / Ausgangskontrolle / Wissentliche Pflichtverletzung, § 4 Nr. 6 AVB / Investitionszulageantrag (OLG Stuttgart, Urt. v. 28.5.1998 - 7 U 202/97)	Seite 174
<b>Wirtschaftsprüfer- und Steuerberater-Sozietät</b> Verjährung, § 68 StBerG oder § 51a WPO? (LG Oldenburg, Urt. v. 29.1.1999 - 6 O 1357/98)	Seite 176
<b>GI Hinweis: Urteile des BVerfG im Internet</b>	Seite 179
<b>Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis</b>	Seite 179



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,  
die **Fristenfalle** beschäftigt den BGH nachhaltig. Nun musste er dem Vorwurf des OLG nachgehen, der Rechtsanwalt habe bei Vorlage der Handakte als **Vorfristsache** diese zunächst **liegen gelassen**. Dadurch sei nicht rechtzeitig die gebotene Prüfung des Fristendes vorgenommen und die Berufungsbegründungsfrist wegen fehlerhafter Fristberechnung abgelaufen. Der 6. Zivilsenat bestätigt, dass der sachbearbeitende Anwalt mit einer Fristdauer bei Vorfristakten rechnen kann und deshalb auch sorgfältig arbeitet, wenn er die Akte erst am folgenden Tag vornimmt.

Das OLG Hamburg befasst sich mit **Mängeln der Büroorganisation**: Die Fristverfügung auf **Klebezetteln** stellt ein erhebliches „Loslöserisiko“ und damit Fristrisiko dar. Eine weitere Gefahrenquelle ist auch die Ablage von „Fristverfügungsakten“ auf einem **speziellen Platz auf dem Sekretariatsschreibtisch**. Die Vermischung mit anderen Stapeln ist möglich.

Das Privileg der **subsidiären Haftung des Notars** gilt für dessen Beurkundungstätigkeit. Die Verweisung des Geschädigten auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit ist außer bei Vorsatz bei so genannten betreuenden Amtsgeschäften ausgeschlossen. Obliegt ihm nach dem Grundstückskaufvertrag die Bestätigung, dass die Voraussetzungen für die Fälligkeit des Kaufpreises gegeben sind, so ist dies nicht mehr Teil der Beurkundung, sondern ein selbständiges Betreuungsgeschäft (BGH).

Das OLG Hamm setzt sich mit der **Haftung des** bei einer Beurkundung als **vollmachtsloser Vertreter hinzugezogenen Rechtsanwalts** – Sozios des Notars – auseinander, der von der vertretenen Partei auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird.

Der substantiierte Klagevortrag wegen vermeidbarer belgischer Steuer setzt voraus, dass die **ausländische Steuernorm** erläutert wird. Der Kläger kann sich nicht auf § 293 ZPO berufen, wonach bezüglich ausländischen Rechts Amtsermittlung gilt. Vorliegend war dieser Vortrag ohne Weiteres möglich, da die Auseinandersetzung in Belgien durch dortige Anwälte des Klägers geführt wurde.

Die **Verjährung bei Mehrfachberuflern** richtet sich nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit. Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung sind zu trennen. Die Pflichtverletzung wegen steuerlicher Beratung verjährt gemäß § 68 StBerG (LG Oldenburg).

Zum **Steuerberaterhonorar**: Der Gegenstandswert des Buchführungsmandats bemisst sich nach dem Jahresumsatz des Abrechnungsjahres, nicht nach dem in Vorjahren (OLG Oldenburg).



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

### BFH: Keine nachträgliche Beschränkung des Realsplittings

Mit Urteil vom 22.9.1999 – XI R 121/96 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass Antrag und Zustimmung zum begrenzten Realsplitting nicht (auch nicht übereinstimmend) zurückgenommen oder nachträglich beschränkt werden können.

Im Streitfall lebte die Klägerin von ihrem Ehemann getrennt. Dieser beantragte mit Zustimmung der Klägerin, an diese geleistete Unterhaltszahlungen in Höhe von 6.175 DM gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) als Sonderausgaben abzuziehen. Demgegenüber erklärte die Klägerin in ihrer Einkommensteuererklärung erhaltene Unterhaltsleistungen in Höhe von lediglich 2.675 DM und legte hierzu eine von dem Ehemann unterzeichnete Erklärung vor. Das Finanzamt berücksichtigte indes 6.175 DM als sonstige Einkünfte gemäß § 22 Nr. 1a EStG. Das Finanzgericht (FG) wies die Klage ab.

**Der BFH bestätigte die Auffassung des FG, Geschiedene oder dauernd getrennt lebende Geber und Empfänger von Unterhaltsleistungen könnten ihre einmal abgegebenen Erklärungen (Antrag bzw. Zustimmung) nicht – auch nicht übereinstimmend – zurücknehmen oder beschränken.** Der Wortlaut des § 10 Abs. 1 Nr. 1 Sätze 2 bis 4 EStG sei eindeutig. Grund für die Bindung sei die rechtsgestaltende Wirkung der Zustimmungserklärung des Empfängers, die Unterhaltsleistungen zu Sonderausgaben werden lasse. Auch der Gesetzgeber sei davon ausgegangen, dass die Betroffenen ihre gemeinsame Wahl unter gleichzeitiger Berücksichtigung auch des Unterhaltsrechts treffen und dabei die Belastungsverschiebungen in angemessener Weise ausgleichen würden.  
(BFH, Urt. v. 22.9.1999 – XI R 121/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 30.3.2000

### BFH: Abhängigkeit des Kindergeldanspruchs der Eltern von Einkünften und Bezügen des Kindes

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat in mehreren Urteilen vom 1. bzw. vom 2.3.2000 zur Abhängigkeit des Kindergeldanspruchs der Eltern von Einkünften und Bezügen des Kindes Stellung genommen. In den Entscheidungen ging es darum, wie die Einkünfte und Bezüge des Kindes im Jahr der Volljährigkeit, im Jahr

des Wechsels von der Ausbildung in den Beruf und im Jahr der Heirat des Kindes einzuordnen sind. Zu entscheiden war insbesondere, ob Sonderzuwendungen (Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld) in voller Höhe bei der Berechnung der Einkünfte und Bezüge einzubeziehen sind, die in den Monaten nach Vollendung des 18. Lebensjahres gezahlt werden (VI R 162/98); ferner, ob Unterhaltsleistungen des Ehegatten des Kindes (VI R 13/99) und Einkünfte und Bezüge des Kalendermonats, in dem das Kind von der Ausbildung in den Beruf wechselt (VI R 19/99, VI R 196/98), zum rückwirkenden Wegfall des Kindergeldanspruchs der Eltern für die Monate vor der Heirat bzw. für die Ausbildungsmonate vor Aufnahme der Berufstätigkeit führen.

Im Einzelnen hat der BFH entschieden, dass Kinder bis einschließlich des Monats der Vollendung des 18. Lebensjahres abschließend nach § 32 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes (EStG) berücksichtigt werden; dementsprechend bleiben **Einkünfte und Bezüge des Kindes aus der Zeit der Minderjährigkeit unberücksichtigt**. Erst **ab Eintritt der Volljährigkeit werden Kinder gemäß § 32 Abs. 4 EStG nur noch in Abhängigkeit von Einkünften und Bezügen berücksichtigt**, der in den Jahren 1996 und 1997 geltende Jahresgrenzbetrag von 12.000 DM (§ 32 Abs. 4 Satz 2 EStG) ist somit entsprechend der Anzahl der Monate zu kürzen, zu deren Beginn das Kind das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Sonderzuwendungen aus dem Berufsausbildungsverhältnis sind dabei nicht nach dem Zuflusszeitpunkt zuzuordnen, sondern entfallen zeitanteilig auf alle Monate der Berufsausbildung.

Weiter hat der BFH entschieden, dass der **Kindergeldanspruch der Eltern grundsätzlich mit der Eheschließung des Kindes erlischt**, weil der Ehegatte ab diesem Zeitpunkt an Stelle der Eltern dem Kind gegenüber vorrangig unterhaltspflichtig ist. Aus diesem Grunde sind die auf den Heiratsmonat und die Folgemonate entfallenden Einkünfte und Bezüge einschließlich der Unterhaltsleistungen des Ehegatten nicht in die Grenzbetragsberechnung einzubeziehen. Der Kindergeldanspruch für die Monate vor der Heirat und für den Heiratsmonat bleibt erhalten.

Schließlich führen auch Einkünfte und Bezüge desjenigen Kalendermonats, in dem das Kind von der Ausbildung in den Beruf wechselt, nicht zum rückwirkenden Wegfall des Kindergeldanspruchs für die vorhergehenden Monate. Denn es sind nur die Einkünfte und Bezüge solcher Monate einzubeziehen, in denen die Berufsaus-

bildung des Kindes an allen Tagen vorgelegen hat. Ergänzend dazu wird im Fall VI R 196/98 ausgeführt, dass auch die Einkünfte und Bezüge des Kalendermonats unberücksichtigt bleiben, in dem das Kind **von der Arbeitslosigkeit in den Beruf wechselt**, wenn das Kind nach Abschluss der Berufsausbildung zunächst arbeitslos ist. (BFH, Urt. v. 1./2.3.2000 - VI R 162/98, VI R 196/98, VI R 13/99 u. VI R 19/99)

Pressemitteilung d. BFH v. 18.5.2000

**BFH: Aufwendungen für die krankheitsbedingte Unterbringung von Angehörigen im Altenpflegeheim als außergewöhnliche Belastung**

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 24.2.2000 - III R 80/97 entschieden, dass Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die krankheitsbedingte Unterbringung eines nahen Angehörigen in einem Altenpflegeheim außergewöhnliche Belastungen i.S.v. § 33 des Einkommensteuergesetzes (EStG) sein können. Abziehbar sind demnach neben den Pflegekosten auch die Kosten, die auf die Unterbringung und Verpflegung entfallen, soweit es sich hierbei um gegenüber der normalen Lebensführung entstehende **Mehrkosten** handelt.

Der BFH hat damit einem Kläger Recht gegeben, der den Teil der von dem Altenpflegeheim seinen Eltern für die Pflege, Unterbringung und Verpflegung in Rechnung gestellten Kosten übernommen hat, den die Eltern durch eigene Einkünfte und Bezüge nicht aufbringen konnten. Das Finanzamt hatte zwar den auf die Pflege entfallenden Kostenanteil nach § 33 EStG zum Abzug zugelassen, den Kostenanteil, der auf die Unterbringung und Verpflegung entfiel, jedoch nur als Unterhaltsaufwendungen im Rahmen der Höchstbeträge des § 33a Abs. 1 EStG berücksichtigt.

Zu der Frage, wo die Grenze zwischen den üblichen Kosten eines normalen Haushalts und den Mehrkosten für eine Heimunterbringung zu ziehen ist, brauchte der BFH in dem entschiedenen Fall nicht Stellung zu nehmen, da der Kläger nur die Berücksichtigung eines Teils der Unterbringungs- und Verpflegungskosten der Eltern geltend gemacht hatte, bei dem es sich ohne jeden Zweifel um krankheitsbedingten Zusatzaufwand handelte.

(BFH, Urt. v. 24.2.2000 - III R 80/97)

Pressemitteilung d. BFH v. 18.5.2000

## Fristenkontrolle

- Vorlage der Vorfristakte
  - Bearbeitung
- (BGH, Beschl. v. 5.10.1999 - VI ZB 22/99)

### Leitsatz:

Zur Frage, wann der Rechtsanwalt bei Vorlage einer Akte auf Vorfristanordnung mit der Bearbeitung der Sache beginnen muss sowie zur Zulässigkeit nachgeschobenen Vorbringens nach Ablauf der Wiedereinsetzungsfrist.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Berufungsschrift der Klägerin gegen das klageabweisende, ihr am 19.1.1999 zugestellte Urteil des Landgerichts ist am 12.2.1999 bei der „gemeinsamen Eingangsstelle bei dem Amtsgericht Hamburg“ eingegangen. Nach am 16.3.1999 von dort erteiltem Hinweis auf die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung hat die Klägerin mit am 26.3.1999 eingegangenem Schriftsatz die Berufung begründet und zugleich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beantragt, weil die Fristversäumung auf einem Versehen der Bürovorsteherin B. in der Kanzlei ihrer zweitinstanzlichen Prozessbevollmächtigten beruhe. Hierzu hat sie unter Vorlage einer eidesstattlichen Versicherung von Frau B. folgenden Sachverhalt vorge- tragen:

Nach Zustellung des Landgerichtsurteils habe die Bürovorsteherin zunächst in der Akte sowie im Fristenkalender den 19.2.1999 als Berufungsfrist und den 19.3.1999 als fiktive Berufungsbegründungsfrist notiert. Hierzu bestehe im Büro ihrer Prozessbevollmächtigten die allgemeine Anweisung, bei Einreichung der Berufung die zunächst notierte Berufungsbegründungsfrist zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Vorliegend habe Rechtsanwältin R. am 12.2.1999 die Berufung bei der Annahmestelle eingereicht und sodann im Anwaltsbüro die datierte Quittung in der Gerichtspostmappe auf den Bürotresen gelegt.

Diese Mappe sei noch am selben Tag von Frau B. bearbeitet worden, die es jedoch versehentlich unterlassen habe, entsprechend jener Anweisung anhand der Quittung die endgültige Frist einzutragen, sondern lediglich die notierte fiktive

Frist gestrichen habe. Die Anweisung zur Überprüfung und Korrektur der Begründungsfrist werde im Anwaltsbüro streng gehandhabt und überwacht. Frau B. sei dort seit 13 Jahren ohne jegliche Beanstandung tätig.

Nachdem die Beklagten zu 1) und 2) dem Wiedereinsetzungsantrag u.a. mit der Begründung entgegengetreten sind, die Fristenkontrolle im Büro der klägerischen Prozessbevollmächtigten sei schon deshalb unzulänglich, weil offenbar keine Anweisung zur Eintragung von Vorfristen bestanden habe und bei einer solchen Vorfrist die Fristversäumnis vermieden worden wäre, hat die Klägerin mit am 29.4.1999 eingegangenem Schriftsatz vorgetragen, dass eine Anweisung zur Eintragung von Vorfristen bestehe und vorliegend sowohl im Terminkalender unter der Rubrik Notfrist als „VF“ wie auch in der Akte auf den 15.3.1999 notiert worden sei.

An diesem Tag sei die Akte der sachbearbeitenden Rechtsanwältin vorgelegt worden und habe sich zur Bearbeitung auf ihrem Schreibtisch befunden, als der gerichtliche Hinweis auf die Verfristung gekommen sei.

Noch vor Eingang dieses Schriftsatzes hat das Berufungsgericht mit Beschluss vom 23.4.1999 die Berufung der Klägerin als unzulässig verworfen und den Antrag auf Wiedereinsetzung zurückgewiesen, weil die Büroorganisation den Anforderungen an die Fristenkontrolle in zweifacher Hinsicht nicht gerecht werde.

Nach dem Vorbringen der Klägerin sei davon auszugehen, dass Vorfristen nicht vermerkt würden. Wäre vorliegend für das vom Büropersonal notierte mutmaßliche Fristende am „19.2.1999“ eine Vorfrist mit der üblichen Dauer von einer Woche eingetragen worden, so wäre bei Vorlage der Sache und Überprüfung der Frist wahrscheinlich bemerkt worden, dass die Frist bereits am „12.2.1999“ ablief. Dann hätte die Berufung noch rechtzeitig begründet bzw. Verlängerung beantragt werden können. Die Nichtnotierung einer Vorfrist sei deshalb als Ursache der Fristversäumung nicht auszuschließen.

Daneben werde mit der im Büro üblichen Notierung der hypothetischen Berufungsbegründungsfrist eine Fehlerquelle eröffnet. Zwar sei es nicht schuldhaft, zunächst nur eine solche Frist einzutragen, wenn der Rechtsanwalt die Weisung gegeben habe, die Berufung erst am letzten Tag einzulegen. Eine solche Weisung sei hier jedoch nicht vorgetragen. Offenbar würden

in dieser Anwaltskanzlei generell mutmaßliche Berufungsbegründungsfristen eingetragen. Dem damit verbundenen Risiko werde die Weisung, die eingetragene Frist später anhand der rücklaufenden Quittungsbelege für die Einreichung der Berufungsschrift zu kontrollieren, nicht hinreichend gerecht.

Vielmehr hätte sichergestellt werden müssen, dass die eingetragene Frist bereits bei Einlegung der Berufung kontrolliert werde, also spätestens nach Rückkehr in das Büro mit der Eingangsquittung. Durch das Einlegen der Quittung in die Mappe mit der allgemeinen Gerichtspost und deren spätere Bearbeitung werde die Fehlerquelle nicht hinreichend sicher ausgeschaltet.

Im Übrigen müsse die eingetragene Frist anhand der gerichtlichen Eingangsbestätigung nochmals überprüft werden. Auch hierzu sei nichts vorgetragen worden.

Die Klägerin hat gegen den am 5.5.1999 zugestellten Beschluss mit am 18.5.1999 eingegangenen Schriftsatz sofortige Beschwerde eingelegt und geltend gemacht, dass eine Anweisung zur Eintragung von Vorfristen bestehe und vorliegend auch beachtet worden sei, die Anweisung zur Überprüfung und Korrektur der hypothetischen Berufungsbegründungsfrist anhand des Quittungsbelegs sachgerecht und vorliegend lediglich versehentlich nicht befolgt worden sei und dass eine weitere Kontrolle anhand der gerichtlichen Eingangsbestätigung nicht habe erfolgen können, weil eine solche Bestätigung nicht erteilt worden sei.

## II.

Das gemäß § 519b Abs. 2 ZPO zulässige Rechtsmittel führt zur Aufhebung des angefochtenen Beschlusses und zur Zurückverweisung an das Berufungsgericht (§ 575 ZPO), weil es für die Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist zur Berufungsbegründung weiterer tatsächlicher Feststellungen bedarf.

1. Das Berufungsgericht hat die Versagung von Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in erster Linie darauf gestützt, dass die Unterlassung einer Anweisung zur Eintragung von Vorfristen als Ursache für die Fristversäumung in Frage komme und nach dem Vorbringen der Klägerin davon auszugehen sei, dass im Büro ihrer Prozessbevollmächtigten Vorfristen nicht vermerkt würden.

a) Mit dieser Begründung kann der angefochtene Beschluss keinen Bestand haben, weil das Vorbringen der Klägerin in dem am 29.4.1999 eingegangenen Schriftsatz unberücksichtigt geblieben ist, wonach eine Anweisung zur Eintragung von Vorfristen bestehe und vorliegend auch befolgt worden sei.

Zwar kann davon ausgegangen werden, dass dieser Schriftsatz dem Berufungsgericht bei seiner die Wiedereinsetzung versagenden Entscheidung vom 23.4.1999 noch nicht bekannt war. Indessen hat der Beschluss gemäß § 329 Abs. 2 ZPO erst durch seine Herausgabe am 3.5.1999 Wirksamkeit erlangt, so dass zuvor eingegangenes Vorbringen hätte berücksichtigt werden müssen, wenn es erheblich war. Das ist hier der Fall.

b) Dieser Vortrag der Klägerin konnte auch nicht deshalb unberücksichtigt bleiben, weil er nach Ablauf der Zwei-Wochen-Frist des § 234 Abs. 2 ZPO eingegangen ist. **Zwar müssen nach §§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO alle Tatsachen, die für die Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand von Bedeutung sein können, innerhalb der zweiwöchigen Antragsfrist vorgetragen werden. Indessen dürfen erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten gewesen wäre, noch nach Fristablauf erläutert oder vervollständigt werden** (Senatsbeschl. v. 12.5.1998 - VI ZB 10/98; GI 1998, 214 = NJW 1998, 2678, 2679 sowie BGH, Beschl. v. 6.5.1999 - VII ZB 6/99, GI 1999, 238 = NJW 1999, 2284, jeweils m.w.N.).

Vorliegend hat die Klägerin den Wiedereinsetzungsantrag auf das Versehen der Bürovorsteherin gestützt, die gegen die geltende Anweisung zur Überprüfung und Korrektur der fiktiven Berufungsbegründungsfrist verstoßen habe. Hierauf hat die Klägerin ihre Darlegungen zunächst beschränkt und sie erst dann hinsichtlich der Vorfristeintragung ergänzt, nachdem die Beklagten in ihren Stellungnahmen zum Wiedereinsetzungsgesuch diesen Gesichtspunkt angesprochen haben.

Bei dieser Sachlage liegt kein unzulässiges Nachschieben von Gründen vor, wie es etwa dann anzunehmen wäre, wenn nach einer in sich geschlossenen Sachverhaltsdarstellung im Wiedereinsetzungsantrag mit der Beschwerde neuer Tatsachenvortrag über büroorganisatorische Maßnahmen in der Kanzlei des Prozessbevollmächtigten nachgeschoben wird, auf

deren Fehlen das Berufungsgericht die Versagung von Wiedereinsetzung gestützt hat (*Senatsbeschl. v. 12.5.1998 u. BGH, Beschl. v. 6.5.1999, jeweils a.a.O. m.w.N.*).

Vielmehr haben die Beklagten eine Lücke im Vorbringen der Klägerin aufgezeigt, so dass diese nicht gehindert war, ihre Darstellung insoweit zu ergänzen. Hierbei hat sie zur Eintragung der Vorfrist im konkreten Fall Einzelheiten vorgetragen, die eines konkreten Nachweises fähig sind und jedenfalls noch der Glaubhaftmachung bedürfen, bevor abschließend über den Wiedereinsetzungsantrag entschieden werden kann.

c) Das Vorbringen der Klägerin zur Eintragung der Vorfrist war schließlich auch nicht deshalb unerheblich, weil eine Vorfrist von nur vier Tagen notiert war, während das Berufungsgericht eine Vorfrist von einer Woche für erforderlich hält und meint, dass nur bei einer solchen Frist – nämlich 12.3.1999 – der drohende Fristablauf bei Vorlage zur Vorfrist noch rechtzeitig bemerkt worden wäre.

Insoweit hat das Berufungsgericht allerdings übersehen, dass die am 12.2.1999 bei der gemeinsamen Eingangsstelle eingegangene Berufungsschrift fälschlicherweise an das Landgericht adressiert war und beim Berufungsgericht erst am 15.2.1999 eingegangen ist. Mit hin ist die Berufung erst an diesem Tag eingelegt worden (§ 518 Abs. 1 ZPO), so dass die Frist für ihre Begründung gemäß § 519 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 ZPO ebenfalls erst am 15.2.1999 zu laufen begann und erst am 15.3.1999 ablief.

Dies war der Tag, an dem nach dem Vorbringen der Klägerin die Akte aufgrund der Vorfristanordnung auf den Schreibtisch der sachbearbeitenden Rechtsanwältin gelegt wurde, die jedoch an diesem Tag nicht im Büro war und deshalb die Akte erst am 16.3.1999 bearbeiten wollte. Bei dieser Sachlage kommt es darauf an, ob die Rechtsanwältin verpflichtet war, die Akte bereits am Tag der Vorlegung zu überprüfen, weil sie dann noch rechtzeitig hätte bemerken können, dass der Ablauf der Begründungsfrist unmittelbar bevorstand und sie die drohende Fristversäumnis durch Einreichung eines Verlängerungsantrags hätte abwenden können.

Indessen ist ein solcher Pflichtenverstoß nach Lage des Falles zu verneinen. **Der erkennende Senat hat mehrfach ausgesprochen, dass es**

**kein Verschulden des Rechtsanwalts begründet, wenn er bei Vorlegung einer ausdrücklich als Vorfristsache gekennzeichneten Akte sowohl die Bearbeitung als auch die gebotene Prüfung, ob das Fristende richtig ermittelt und festgehalten ist, nicht bereits am Tag der Vorlage, sondern erst am nächsten Tag vornimmt** (*Senatsbeschl. v. 27.5.1997 – VI ZB 10/97, GI 1998, 43 = VersR 1997, 1252 f; v. 12.8.1997 – VI ZB 13/97, NJW 1997, 3243 f u. v. 9.3.1999 – VI ZB 3/99, GI 1999, 170 = VersR 1999, 866 f; ebenso BGH, Beschl. v. 17.6.1999 – IX ZB 32/99, NJW 1999, 2680*).

Hierfür ist die Erwägung maßgeblich, dass der Rechtsanwalt bei fristgebundenen Prozesshandlungen grundsätzlich die gesetzliche Frist voll ausschöpfen darf und deshalb nicht bereits bei Vorlage der Sache zur Vorfrist gezwungen sein kann, die Sache sofort zu bearbeiten.

**Insoweit ist auch zu bedenken, dass es sich bei der Vorfrist nicht um eine gesetzlich festgelegte Frist handelt, sondern um eine zusätzliche Anforderung, die von der Rechtsprechung im Rahmen der Organisationspflicht des Rechtsanwalts entwickelt worden ist und die ausschließlich dem Zweck dient, die Einhaltung der Hauptfrist dadurch zu sichern, dass auch für den Fall von Unregelmäßigkeiten und Zwischenfällen noch eine ausreichende Überprüfungs- und Bearbeitungszeit verbleibt.**

Von daher muss die Vorfrist zur Berufungsbegründung entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts nicht notwendig **eine Woche** betragen, auch wenn dies üblicher Handhabung entsprechen mag. Die **Dauer der Vorfrist** hängt vielmehr von den Umständen des Einzelfalles ab, insbesondere dem **Umfang und Schwierigkeitsgrad der Sache**, daneben auch von der **Arbeitsbelastung im Anwaltsbüro** und vom **persönlichen Arbeitsstil des Rechtsanwalts**.

Deshalb war unter den Umständen des Streitfalls die nach dem Klägervortrag eingetragene Frist von vier Tagen ausreichend.

Da die sachbearbeitende Rechtsanwältin aufgrund der im Anwaltsbüro bestehenden Übung, eine Vorfrist von vier Tagen einzutragen, mit einer solchen Fristdauer rechnen konnte, hätte es ausgereicht, wenn sie die Fristenprüfung, die aufgrund der Vorlage zur Vorfrist erforderlich geworden war, mit der Bearbeitung der Sache verbunden hätte, die nach dem Klägervortrag für den 16.3.1999 vorgesehen war.

2. Die Versagung von Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird auch nicht von der Auffassung des Berufungsgerichts getragen, dass die anwaltlichen Vorkehrungen zur Ermittlung und Notierung der tatsächlichen Berufungsbegründungsfrist unzureichend seien.

Zwar weist das Berufungsgericht mit Recht darauf hin, dass die Übung, bei Urteilseingang die Berufungsfrist und zugleich die Berufungsbegründungsfrist zu notieren, wegen der Möglichkeit, dass die Berufungsfrist des § 516 ZPO nicht voll ausgeschöpft wird und sich hierdurch die Berufungsbegründungsfrist verkürzt, eine Fehlerquelle darstellt (vgl. BGH, Beschl. v. 26.3.1996 - X ZB 2/96, VersR 1996, 1561 f).

Indessen hat die Klägerin dargelegt und glaubhaft gemacht, dass dieser Gefahr durch die von ihr vorgetragene Anweisung hinreichend vorgebeugt wird und die Frist im konkreten Fall nur deshalb versäumt worden ist, weil Frau B. gegen diese Anweisung verstoßen hat.

Die Klägerin hat nämlich vorgetragen, dass die Mappe mit der Gerichtspost der Bürovorsteherin sogleich nach Einlieferung der Berufungsschrift bei Gericht vorgelegt worden sei, so dass bei Befolgung der Anweisung, das Datum der Quittung mit der vorläufig eingetragenen fiktiven Berufungsbegründungsfrist zu vergleichen und dieses ggf. zu korrigieren, die Fristversäumnis vermieden worden wäre.

3. Soweit das Berufungsgericht es für erforderlich hält, **die Begründungsfrist bei Eingang der gerichtlichen Bestätigung über den Eingang der Berufungsschrift nochmals zu überprüfen, entspricht dies zwar den Anforderungen der Rechtsprechung** (BGH, Beschl. v. 9.12.1993 - IX ZB 70/93, VersR 1994, 1086; v. 13.6.1996 - VII ZB 7/96, NJW 1996, 2514 u. v. 24.4.1997 - IX ZB 29/97, GI 1997, 263 = NJW 1997, 1860).

Eine solche Verpflichtung kommt indessen nur dann in Betracht, **wenn dem Prozessbevollmächtigten tatsächlich eine gerichtliche Eingangsmittelung zugeht**. Vorliegend kann nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Zweitbeklagte in ihrer Stellungnahme zur sofortigen Beschwerde darauf hingewiesen hat, die Versendung von Eingangsmittelungen sei nicht bei allen Senaten des Berufungsgerichts üblich.

Nach alledem wird das Berufungsgericht erneut über den Wiedereinsetzungsantrag zu befinden haben.

## Verjährung, Notarhaftung

- Kenntnis, § 852 BGB
  - Anderweitige Ersatzmöglichkeit
  - Beurkundungstätigkeit oder selbständiges Betreuungsgeschäft?
  - Bestätigung der Fälligkeit
- (BGH, Urt. v. 17.6.1999 - IX ZR 100/98)

### Leitsatz:

Die dem beurkundenden Notar von den Kaufvertragsparteien aufgetragene - eine tatsächliche und rechtliche Prüfung verlangende - Bestätigung, dass die die Fälligkeit des Kaufpreises auslösenden Voraussetzungen vorliegen, ist nicht mehr Teil der Beurkundungstätigkeit, sondern Gegenstand eines selbständigen Betreuungsgeschäfts.

### Zum Sachverhalt:

Der verklagte Notar beurkundete am 8.1.1993 einen Vertrag, durch den die Klägerin und ihr Ehemann von dem damaligen Rechtsanwalt N. eine noch zu errichtende Eigentumswohnung nebst Sondereigentum kauften. Der Grundbesitz, dessen Teilung in Wohnungseigentumseinheiten im Grundbuch damals noch nicht vollzogen war, war mit einer Grundschuld von 850.000 DM für die D.H.-Bank F. belastet. Über den Kaufpreis von 210.000 DM war in § 5 des Vertrages Folgendes bestimmt:

„1. Der Kaufpreis ist - wenn die in Ziffer 2 genannten Voraussetzungen vorliegen - ... wie folgt zu entrichten:

- a) bis zum 30. Januar 1993 50%;
- b) nach vollständiger Fertigstellung, d.h. nach Fertigstellung der Außenanlage und Behebung bei der Abnahme geltend gemachter Mängel 50%. (...)

2. Die in Ziffer 1 genannten Raten sind jedoch nur fällig, wenn die Auflassungsvormerkung für die Käufer im Grundbuch eingetragen ist und nur etwaige unter Mitwirkung der Käufer bestellte Grundpfandrechte im Range vorgehen. Der beurkundende Notar wird beauftragt, die Beteiligten vom Eintritt der obigen Voraussetzungen schriftlich in Kenntnis zu setzen.“

Mit Schreiben vom 27.4.1993 teilte der Beklagte der Klägerin und deren Ehemann mit: „Die Auflassungsvormerkung ist eingetragen. Entsprechend dem Baufortschritt und dem Vertrag sind daher die Zahlungen zu leisten.“



Tatsächlich war jedoch bei Eintragung der Auflassungsvormerkung im Grundbuch außer der erwähnten, noch nicht gelöschten Grundschuld von 850.000 DM eine weitere Grundschuld über 320.000 DM für die O.L.-Bank eingetragen, an deren Bestellung die Käufer – ebenfalls – nicht mitgewirkt hatten.

Die Klägerin und ihr Ehemann zahlten am 30.4.1993 eine Kaufpreiskasse von 105.000 DM. Später machten sie gegen den Verkäufer, da dieser seinen Verpflichtungen zur Herstellung des Gebäudes nicht ordnungsgemäß nachkam, unter Ablehnung der Vertragserfüllung Schadensersatzansprüche geltend. In einem darüber geführten Rechtsstreit erhielten sie 172.924,40 DM zugesprochen. Die Vollstreckung gegen den Verkäufer hatte nur teilweise Erfolg. Über die Klage gegen einen Schuldner des Verkäufers, dessen Ansprüche die Klägerin und ihr Ehemann haben pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen, ist noch nicht rechtskräftig entschieden.

Die Klägerin, an die ihr Ehemann seine Ansprüche abgetreten hat, verlangt die Feststellung, dass der Beklagte verpflichtet sei, den ihnen durch die Zahlung der 105.000 DM entstandenen Schaden zu ersetzen.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, das Berufungsgericht hat ihr stattgegeben. Mit der Revision erstrebt der Beklagte die Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils.

Die Revision ist begründet.

#### Aus den Gründen:

#### I.

Die Revision zieht nicht in Zweifel, dass der Beklagte jedenfalls insoweit schuldhaft pflichtwidrig gehandelt hat, als es um die bei Eintragung der Auflassungsvormerkung noch bestehende Belastung durch die der D.H.-Bank F. zustehende Grundschuld geht. Sie macht geltend, der Beklagte hafte deswegen nicht, weil ihm nach seiner Behauptung die Löschungsbewilligung der Grundschuldgläubigerin vorgelegen habe; im Übrigen müsse sich die Klägerin ein Mitverschulden anrechnen lassen. Auf dies alles kommt es nicht an, weil, wie die Revision im Ergebnis mit Erfolg rügt, das Berufungsgericht die Verjährungseinrede des Beklagten zu Unrecht nicht hat durchgreifen lassen.

#### II.

Das Berufungsgericht hat zur Verjährungsfrage ausgeführt, die Klägerin und ihr Ehemann hätten zwar durch Grundbucheinsicht am 20.1.1994 und damit mehr als drei Jahre vor Klageeinreichung (am 25.2.1997) vom Schaden und von der Pflichtverletzung des Beklagten Kenntnis erlangt. Es habe ihnen damals aber an der ebenfalls erforderlichen Kenntnis davon gefehlt, dass der Verkäufer vermögenslos sei und ihnen deshalb insoweit keine anderweitige Ersatzmöglichkeit zur Verfügung stehe. Es könne nicht festgestellt werden, dass die Käufer hiervon in unverjährter Zeit erfahren hätten.

Diese Betrachtung enthält einen für die Entscheidung ausschlaggebenden Rechtsfehler.

**1. Der Beginn der Verjährung setzt nach § 852 Abs. 1 BGB zunächst voraus, dass der Schaden entstanden ist.** Das ist der Fall, wenn durch die Verletzungshandlung eine als Schaden anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage eingetreten ist. **Es braucht dagegen noch nicht sicher zu sein, dass der Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird** (BGHZ 119, 69, 70 f; BGH, Urt. v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92, NJW 1993, 648, 650).

Im vorliegenden Fall ist nach diesen Maßstäben der Schaden mit der Zahlung der zu diesem Zeitpunkt nicht geschuldeten Kaufpreiskasse von 105.000 DM entstanden. Ob für die Klägerin und ihren Ehemann daraus endgültig ein Nachteil verblieb, hing freilich davon ab, ob sie die ihnen von ihrem Vertragspartner für die Zahlung versprochene Gegenleistung erhielten. Hierauf kommt es indessen für die Schadenentstehung und damit den Beginn der Verjährung nicht an (vgl. BGH, Urt. v. 25.2.1999 – IX ZR 240/98, WM 1999, 976, 977 f).

**2. Der Beginn der dreijährigen Verjährungsfrist setzt nach § 852 Abs. 1 BGB weiter voraus, dass der Verletzte Kenntnis vom Schaden und von der Person des Ersatzpflichtigen hat.** Diese Kenntnis war nach der Feststellung des Berufungsgerichts bei der Klägerin und deren Ehemann am 20.1.1994 vorhanden. Das wird auch durch ein Schreiben bestätigt, das die damals bereits eingeschalteten Rechtsanwälte der Käufer am 1.2.1994 an den Beklagten gerichtet haben. In diesem Schreiben wurden vorsorglich – „vor dem Hintergrund, weil ... in einem gesonderten Verfahren gegen den Verkäufer Schadenersatzansprüche wegen Nichterfüllung“



erhoben wurden – Ersatzansprüche gegen den Beklagten geltend gemacht; diesem wurde geraten, den Vorgang seiner Haftpflichtversicherung anzuzeigen. Vorbehaltlich der folgenden Ausführungen war danach ein etwaiger Anspruch gegen den Beklagten bei Einreichung der Klage am 25.2.1997 verjährt.

Wie das Berufungsgericht zutreffend ausgeführt hat, ist bei Ersatzansprüchen wegen Amtspflichtverletzungen nach § 839 Abs. 1 BGB und § 19 Abs. 1 BNotO, bei denen der Amtsträger den Geschädigten zunächst auf eine etwa vorhandene anderweitige Ersatzmöglichkeit verweisen kann, die nach § 852 Abs. 1 BGB maßgebende Kenntnis erst dann gegeben, **wenn der Verletzte weiß, dass im konkreten Fall eine realisierbare anderweitige Ersatzmöglichkeit nicht besteht** (BGHZ 102, 246, 248 f; 121, 65, 71; BGH, Urt. v. 2.7.1996 – IX ZR 299/95, WM 1996, 2071, 2074).

Dabei ist das Berufungsgericht jedoch zu Unrecht – ohne dies zu begründen – davon ausgegangen, dass der Beklagte im Streitfall nur subsidiär hafte. **Die Verweisung des Geschädigten auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit ist nach § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO außer bei Vorsatz insgesamt bei Amtsgeschäften der in den §§ 23, 24 BNotO bezeichneten Art ausgeschlossen.** Um ein solches Geschäft handelte es sich hier.

Mit der Fälligkeitsvereinbarung in § 5 des Kaufvertrags haben die Vertragsparteien den Eintritt der Kaufpreisfälligkeit von der Bestätigung des Notars abhängig gemacht, dass die die Fälligkeit auslösenden Voraussetzungen vorlagen, und gleichzeitig den Beklagten beauftragt, diese Bestätigung zu erteilen. Die Bestätigung erschöpfte sich nicht in der Mitteilung einer Tatsache, sondern erforderte auch eine – wenngleich nicht sehr schwierige – rechtliche Prüfung, ob die vertraglichen Voraussetzungen für den Eintritt der Fälligkeit vorlagen.

Zu diesem Zweck war es zudem nötig, das Grundbuch einzusehen; nur so konnte der Beklagte feststellen, ob der Auflassungsvormerkung Grundpfandrechte im Range vorgingen und ob es sich dabei gegebenenfalls um solche handelte, die nach der vertraglichen Vereinbarung dem Eintritt der Fälligkeit im Wege standen.

**Eine derartige Fälligkeitsbestätigung ist nicht mehr Teil der Beurkundungstätigkeit des Notars; sie ist vielmehr Gegenstand eines selb-**

**ständigen Betreuungsgeschäfts i.S.d. § 24 Abs. 1 Satz 1 BNotO** (BGHZ 96, 157, 164; BGH, Urt. v. 21.11.1996 – IX ZR 220/95, WM 1997, 325, 326).

Dass eine notarielle Fälligkeitsbestätigung nicht mehr Teil der Beurkundungstätigkeit ist, wird im Übrigen dadurch bestätigt, dass dem Notar dafür neben der Beurkundungsgebühr eine besondere Gebühr nach § 147 Abs. 2 KostO zusteht (Rohs/Wedewer, KoStO, Losebl.-Komm. Stand August 1988, § 147 Rdnr. 13).

Da es demnach auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit nicht ankam, spielte eine solche auch für die nach § 852 Abs. 1 BGB erforderliche Kenntnis der Klägerin und ihres Ehemannes keine Rolle. An der für den Verjährungsbeginn erforderlichen Kenntnis des Geschädigten kann es zwar auch in einem solchen Fall fehlen, wenn die Frage, ob der Notar unabhängig von einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit haftet, rechtlich schwierig zu beantworten und durch die Rechtsprechung noch nicht geklärt ist (BGH, Urt. v. 25.2.1999 – IX ZR 30/98, WM 1999, 974, 976).

So war es im Streitfall jedoch nicht; das zeigt schon die bereits erwähnte Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 24.10.1985 (BGHZ 96, 164). Ein etwaiger Anspruch gegen den Beklagten war daher bei Einreichung der Klage am 25.2.1997 verjährt.

## Mitwirkung bei der Beurkundung

- Hinzuziehung des RA-Sozius
  - Vollmachtsloser Vertreter
  - GoA-Haftung des Rechtsanwalts?
  - Fremdgeschäftsführungswille
- (OLG Hamm, Urt. v. 22.1.1999 – 29 U 42/98, OLG-Report 1999, 238)

### Leitsätze:

1. Ein Rechtsanwalt, der von seinem Notar-Sozius bei der Beurkundung eines Vertrages als vollmachtsloser Vertreter einer Partei hinzugezogen wird, haftet dieser nicht aus GoA, wenn die Beurkundung fehlerhaft war.
2. Zum Umfang der Interventionswirkung der wegen anderweitiger Ersatzmöglichkeit abgewiesenen Amtshaftungsklage.

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerin begehrt die Feststellung, dass der Beklagte ihr als vollmachtsloser Vertreter aus einer Reihe formunwirksamer notarieller Beurkundungen auf Schadenersatz haftet.

Die Klägerin ist ein Bauunternehmen, das in Sch. eine Wohnanlage mit 17 Eigentumswohnungen errichtet hat. Die für die Veräußerung der Wohnungen erforderlichen Verträge sind zu einem großen Teil von dem am 19.1.1994 verstorbenen Notar Dr. S. beurkundet worden.

Der Beklagte, der erst im März 1995 selbst zum Notar bestellt worden ist, war mit Dr. S. durch einen Sozietätsvertrag verbunden. Er wurde im Laufe des Jahres 1992 zu acht Beurkundungen von Kaufverträgen zwischen der Klägerin und Wohnungskäufern hinzugezogen, und zwar stets als vollmachtsloser Vertreter der Klägerin, die sein Handeln später genehmigte. Bei zwei weiteren Beurkundungen trat für die Klägerin, ebenfalls als vollmachtsloser Vertreter, ein weiterer Sozium der Kanzlei, Rechtsanwalt B., auf.

Bei den Beurkundungen unterließ dem Notar Dr. S. der Fehler, dass nicht alle Anlagen zu den Verträgen förmlich verlesen wurden, so dass die Verträge formnichtig waren. Von den streitbefangenen zehn Verträgen sind inzwischen acht nachbeurkundet worden.

Die Klägerin verklagte zunächst die Erben des Notars auf Feststellung seiner Haftung aus Amtspflichtverletzung. Die Klage wurde in zweiter Instanz mit Urteil vom 21.2.1998 (OLG Hamm – 11 U 7/96) als zur Zeit unbegründet abgewiesen, weil die Klägerin das Bestehen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit i.S.v. § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO, die in der Person des Beklagten aus seiner Beteiligung als Vertreter in Betracht zu ziehen sei, nicht ausgeräumt habe. Beide Parteien hatten in diesem Prozess dem Beklagten den Streit verkündet; er war jedoch keiner Partei beigetreten.

Die Klägerin verfolgt ihr Feststellungsbegehren nunmehr gegen den Beklagten wegen der Verletzung von Sorgfaltspflichten im Rahmen der auftragslosen Geschäftsführung nach Maßgabe der Erwägungen des Berufungsgerichts im Vorprozess. Seine Pflichtverletzung sei auch kausal für den Schaden aus den Verträgen, an deren Beurkundung nicht er, sondern Rechtsanwalt B. beteiligt war.

Das LG hat der Klage stattgegeben und die Widerklage abgewiesen. Es hat zwar eine Interventionswirkung des Vorprozesses verneint, dennoch aber eine Sorgfaltspflichtverletzung des Beklagten angenommen, für die er im Rahmen der auftragslosen Geschäftsführung hafte, und zwar auch insoweit, als er am Beurkundungsvorgang gar nicht beteiligt war.

Die zulässige Berufung hat auch in der Sache Erfolg, denn die Klage musste abgewiesen werden. Der Beklagte haftet der Klägerin nicht für die durch die formunwirksamen Beurkundungen entstandenen und entstehenden Schäden.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Rechtsverfolgung ist in der **Form der Feststellungsklage** zulässig. Zwar beschränkt sich der Schaden aus acht der zehn Beurkundungsvorgänge auf die Kosten der Nachbeurkundung, so dass insoweit ein bezifferter Antrag gestellt werden könnte. Der vorliegende Sachverhalt unterscheidet sich auch von den Fallgestaltungen, für die eine Feststellungsklage trotz teilweise bezifferbaren Schadens, z.B. wegen der noch nicht abgeschlossenen Entwicklung des anspruchsbegründenden Sachverhalts (*BGH v. 30.3.1983 – VIII ZR 3/82, MDR 1983, 1018 = NJW 1984, 1552, 1554*), für zulässig gehalten wird, denn hier liegt eine objektive Klagehäufung i.S.v. § 260 ZPO vor.

**Das besondere Feststellungsinteresse ergibt sich letztlich aber daraus, dass der Entscheidung präjudizielle Bedeutung für eine noch unbestimmte Zahl von Nachverfahren zukommt, wobei zu erwarten ist, dass in der Mehrzahl keine gerichtliche Festsetzung des zu erstattenden Schadens erforderlich ist.**

Für die Frage der Haftung des Beklagten unterliegt der erkennende Senat keiner Bindung an die Feststellungen des 11. Senats wegen der dort seitens der Klägerin ausgesprochenen Streitverkündung. Diese Streitverkündung konnte keine **Interventionswirkung** nach Maßgabe der §§ 74 Abs. 3, 68 ZPO auslösen, denn die Klägerin hatte für den Fall des ungünstigen Ausgangs des Vorprozesses keinen Anspruch auf Gewährleistung oder Schadloshaltung gegen den Beklagten, wie er nach § 72 ZPO vorausgesetzt wird. **Die Primärhaftung eines anderen nach § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO ist kein Anspruch in diesem Sinne**

(OLG Hamm v. 22.1.1985 – 28 U 88/84, MDR 1985, 588; zustimmend: Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 19 Rz. 180; Rinsche, Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 6. Aufl., II 265; Haug, Die Amtshaftung des Notars 2. Aufl., Rz. 822; zweifelnd: BGH v. 28.10.1988 – V ZR 14/87, MDR 1989, 242 = NJW 1989, 521, 522).

Im Übrigen hat der 11. Senat keine Feststellungen getroffen, für die eine Interventionswirkung in Betracht käme, denn er musste nur darüber befinden, dass die begründete Aussicht auf anderweitigen Ersatz besteht. Damit fehlte der Klage eine negative Anspruchsvoraussetzung, so dass sie als zur Zeit unbegründet abzuweisen war (vgl. BGH v. 14.5.1992 – IX ZR 262/91, MDR 1992, 1090 = DNotZ 1992, 813, 818), wie es der 11. Senat in den Urteilsgründen auch klar gestellt hat.

Das hindert die Klägerin nicht, zur originären Klage wegen notarieller Amtshaftung zurückzukehren, wenn die gegen den Beklagten gerichtete Klage abgewiesen wird (vgl. BGH, DNotZ 1964, 61/2; Rinsche, Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 6. Aufl., II 262; Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 19 Rz. 185). Es besteht also nicht die vom BGH (NJW 1989, 522) betonte Schutzbedürftigkeit der Streitverkündenden Partei vor dem Verlust aller gegen die alternativen Schuldner geführten Prozesse.

## II.

1. Eine Haftung des Beklagten kann sich nur aus der **Verletzung von Sorgfaltspflichten im Rahmen einer auftragslosen Geschäftsführung für die Klägerin** ergeben. Ein Auftragsverhältnis zwischen ihr und dem Beklagten, wie es der 11. Senat aufgrund des Vortrags der Erben für denkbar gehalten hat, nimmt die Klägerin im vorliegenden Verfahren gerade nicht in Anspruch. Sie hat vielmehr den Vortrag des Beklagten, er habe an der sachlichen Bearbeitung der Notariatsverträge nicht mitgewirkt und auch keine Aufträge dazu entgegengenommen, ausdrücklich zugestanden. Daran muss sie sich festhalten lassen.

Es trifft nicht zu, dass der Beklagte selbst seine erstinstanzliche Sachdarstellung zurückgenommen oder eingeschränkt hat, weil er mit Schriftsatz vom 1.12.1998 eingeräumt hat, einige Jahre zuvor am Entwurf einer Urkunde mitgewirkt zu haben, die der Notar Dr. S. möglicherweise als Vorlage für die streitbefangenen Verträge verwandt habe. Im Übrigen hat die Klägerin nichts

mehr vorgetragen, was – entgegen ihrem ursprünglichen Standpunkt – die Annahme einer vertraglichen Sonderbeziehung zum Beklagten rechtfertigen könnte.

**2. Die Beteiligung des Beklagten kann nicht als bloße Gefälligkeit ohne haftungsrechtliche Relevanz eingestuft werden. Das Auftreten als Vertreter bei der Abgabe rechtsgeschäftlicher Erklärungen, ob bevollmächtigt oder vollmachtslos, ist rechtsgeschäftliches Handeln.** Das unterscheidet den Vertreter vom Boten.

Dem Beklagten war auch bewusst, dass er an der Beurkundung eines Vertrages teilnahm und dass seine Mitwirkung für das Zustandekommen des Vertrages notwendig war. Es handelt sich um einen alltäglichen Vorgang im Geschäftsbetrieb des Notariats, an dessen Erträgen der Beklagte beteiligt war. Es besteht also kein Anlass zu der Annahme, der Beklagte habe entweder dem Notar oder der Klägerin einen bloßen Gefallen erweisen wollen.

3. Der Beklagte beruft sich jedoch zu Recht auf den **fehlenden Fremdgeschäftsführungswillen** als notwendige Voraussetzung für die Annahme eines gesetzlichen Schuldverhältnisses i.S.d. § 677 BGB im Verhältnis zur Klägerin. Seiner **Mitwirkung** an den Beurkundungsvorgängen lag die Aufforderung des Notars zugrunde. **Sie ergab sich zufällig, weil niemand anderes im Büro verfügbar war, und ebenso zufällig war der Einsatz des Beklagten als Vertreter der Klägerin.** Das war schon aufgrund des Vortrags in der Klageschrift unstreitig und ist im Rahmen der Erörterung in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat so bestätigt worden. Wie bereits festzustellen war, hat der Beklagte dem Notar keinen bloßen Gefallen erweisen, sondern den Geschäftsbetrieb des Notariats fördern wollen. Seinem Einsatz lag also ein Auftrag des Notars zugrunde, den der Beklagte erfüllen wollte.

Die **auftragslose Geschäftsführung** für einen anderen ist zwar nicht schon allein deshalb auszuschließen, weil der Geschäftsführer auch oder primär im eigenen Interesse tätig wird. Das gilt auch dann, wenn der Geschäftsführer dem anderen gegenüber zur Besorgung des Geschäftes verpflichtet ist oder sich für verpflichtet hält (vgl. BGH v. 24.9.1987 – VII ZR 306/86, BGHZ 101, 393, 399 = MDR 1988, 314; BGH, NJW 1989, 970, jeweils für unwirksame Auftragsverhältnisse). Anders zu beurteilen ist jedoch die Fallgestaltung, wenn der Geschäftsfüh-

rer nicht dem Geschäftsherrn i.S.d. § 677 BGB tatsächlich oder vermeintlich verpflichtet ist, sondern einem Dritten, der ihn mit der Geschäftsführung beauftragt hat, so dass die Geschäftsführung sich als die dem Dritten geschuldete vertragliche Leistung darstellt.

Bei solchen Fallgestaltungen ist in der Regel kein Raum für die Annahme eines Fremdgeschäftsführungswillens (vgl. *Medicus, Bürgerliches Recht* 17. Aufl., Rz. 414; *Schubert, AcP* 178 [1978] 425, 435 ff; *Staudinger/Wittmann*, 13. Bearb., Vorbem. zu §§ 677 ff Rz. 36; *Seiler* in: *MünchKomm* 3. Aufl., § 677 Rz. 15; *OLG Koblenz* v. 20.6.1991 - 5 U 75/91, *NJW* 1992, 2367, 2368; *OLG Saarbrücken*, Urt. v. 7.5.1997 - 1 U 771/96-127, *OLGR Saarbrücken* 1997, 262 = *NJW* 1998, 828, 829; *LG Köln* v. 11.7.1990 - 10 S 551/89, *NJW* 1991, 2354; *AG Wiesbaden* v. 10.6.1987 - 96 C 193/87, *NJW-RR* 1988, 531).

**Der so genannte „pflichtgebundene Geschäftsführer“ verfolgt mit der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtung grundsätzlich nur seine eigenen Interessen.** Der vielfältige soziale Bezug, indem er sich betätigt, lässt keinen Spielraum für fremdnütziges Handeln (*Staudinger/Wittmann*, 13. Bearb., Vorbem. zu §§ 677 ff Rz. 36). Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, ihm für dasselbe Handeln nicht nur die Sorgfaltspflichten zum Vertragspartner, sondern auch die Sorgfaltspflichten aus Fremdgeschäftsführung aufzuerlegen, die nicht notwendigerweise gleichgerichtet sein müssen (*Schubert, AcP* 178 [1978] 437).

Das muss auch für den vorliegenden Fall gelten und so sieht das z.B. auch die Notarkammer Celle beim Einsatz von Büroangestellten als Auflassungsbevollmächtigte (*Kurzmitteilung* Nr. 9/89, zitiert bei *Weingärtner/Schöttler, Dienstordnung für Notare* 7. Aufl., S. 356). Soweit bei den Kommentierungen zu § 19 BNotO von einer Haftung des Büropersonals gegenüber dem Vertretenen die Rede ist, geht es um den Fall der tatsächlich erteilten Auflassungs- und Vollzugsvollmacht (*Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO* 3. Aufl., § 19 I 1 Rz. 6; *Haug, Die Amtshaftung des Notars* 2. Aufl., Rz. 156).

Die Klägerin hat nichts dazu vorgetragen, warum der Beklagte ungeachtet seines Auftragsverhältnisses zum Notar noch willentlich in ihrem Interesse gehandelt haben soll. Nach den Angaben des Geschäftsführers der Klägerin in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat gab es auch von ihrer Seite **keinen Wunsch**,

**gerade den Beklagten hinzuzuziehen**, etwa deshalb, weil die Geschäftsanbahnung zwischen der Klägerin und der Sozietät über den Beklagten gelaufen sein soll. Die Mitwirkung des Beklagten bei den streitbefangenen Beurkundungsvorgängen war **zufällig**.

Dass er überhaupt hinzugezogen wurde, entsprach der **ständigen Praxis des Notariats**. Diese Verfahrensweise wird bemerkenswerterweise von der Bundesnotarkammer in einem Merkblatt (*abgedruckt bei Weingärtner, Notarrecht* 5. Aufl., Nr. 296) als **missbräuchlich** bezeichnet, weil beim Auftreten „rein formaler Vertreter“ anstelle von Vertrauenspersonen der Vertretenen die Belehrungen ins Leere gingen; die formalen Vertreter seien im Grunde sachlich unbeteteiligt, was dem Sinn des Beurkundungsrechts nicht gerecht werde.

### III.

Da eine Haftung des Beklagten für die Folgen der vorschriftswidrigen notariellen Beurkundung nach dem Vorstehenden zu verneinen ist, kann dahinstehen, ob sie nicht zumindest im Hinblick auf die Haftungsfreistellungsregelung in § 11 Abs. 2 der Verträge ausgeschlossen wäre, was nicht ohne weiteres zu verneinen ist. Die Freistellung bezieht sich dem Wortlaut nach zwar nur auf die Bevollmächtigung nach Maßgabe der Regelung in § 11 Abs. 1, zu der es – abgesehen von der Formunwirksamkeit des gesamten Vertrages – nicht gekommen ist. Selbst wenn man davon ausginge, die Freistellung habe das Auftreten bei Vertragsschluss nicht umfassen sollen, fragt es sich aber, ob die Klägerin sich nach Treu und Glauben darauf berufen dürfte, nachdem die namentlich genannten Personen entsprechend tätig geworden sind und die Klägerin dies genehmigt hat.

### IV.

Eines gesonderten Ausspruchs zur Widerklage bedarf es angesichts der mit der Klageabweisung getroffenen umfassenden Feststellung, dass der Beklagte der Klägerin nicht für die aus der vorschriftswidrigen Beurkundung resultierenden Schäden haftet, nicht. **Der mit der Widerklage verfolgte Feststellungsantrag sollte nur eine Haftungseinschränkung zum Ausdruck bringen, setzte also voraus, dass die Klage in der Sache Erfolg hatte, dass also die Haftung dem Grunde bejaht worden wäre.** Es handelte sich folglich – ungeachtet der Formulierung – um eine Hilfswiderklage.

## Steuerberaterhaftung

- Ausländisches Steuerrecht
- Klagevortrag
- Steuerberaterkosten, Doppelbelastung  
(OLG Köln, Urt. v. 6.11.1998 - 20 U 73/98)

### Leitsatz (d. Red.):

Der Kläger im Regressprozess muss den Inhalt ausländischer Rechtsnormen substantiiert vortragen, wenn ihm dies zumutbar ist (hier: belgische Steuernorm und belgische Anwälte waren in der Steuersache eingeschaltet). Der Notwendigkeit eines substantiierten Sachvortrags ist er nicht wegen § 293 ZPO - Amtsermittlung ausländischen Rechts - enthoben.

### Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers gegen das im Tenor näher bezeichnete Urteil des Landgerichts Köln ist zulässig, in der Sache jedoch ohne Erfolg. Auf die zulässige unselbständige Anschlussberufung des Beklagten hin ist das erstinstanzliche Urteil teilweise abzuändern und die Klage insgesamt abzuweisen.

#### I.

Gegenstand der Berufung des Klägers sind nur etwaige Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten in dessen Eigenschaft als Steuerberater betr. die Einkommensteuerveranlagung für 1991.

1. Die Feststellungsklage ist zulässig. Ein Feststellungsinteresse i.S.d. § 256 ZPO besteht, weil es immerhin möglich ist, dass durch eine schuldhafte Pflichtverletzung des Beklagten ein Vermögensschaden entstanden ist. Vorrangig greift auch nicht der Grundsatz des Vorrangs der Leistungsklage. Die Feststellungsklage ist jedenfalls zum Zeitpunkt ihrer Erhebung, der für die Zulässigkeitsbeurteilung maßgeblich ist (vgl. Thomas/Putzo, ZPO 21. Aufl., § 256 Rdnr. 20), schon deshalb zulässig gewesen, weil zu diesem Zeitpunkt noch das Verfahren vor der belgischen Finanzbehörde anhängig war, das erst durch den Bescheid vom 22.4.1997 seinen bisherigen Abschluss gefunden hat.

2. Die Feststellungsklage betr. die Einkommensteuerfestsetzung für 1991 ist unbegründet. **Für die Begründetheit einer Feststellungsklage ist die gewisse Wahrscheinlichkeit eines Schadeneintritts Voraussetzung** (vgl. BGH, NJW-RR 1991, 917, 918; BGH-LM Nr. 12 zu § 638 BGB).

Hieran fehlt es. Soweit der Kläger einen Schadeneintritt substantiiert dargetan hat, ist er für die Behauptung einer entsprechenden schadenursächlich gewordenen schuldhaften Pflichtverletzung des Beklagten beweisfällig geblieben.

a) Unsubstantiiert ist das Vorbringen des Klägers, soweit er geltend macht, der Beklagte sei dafür verantwortlich, dass in Belgien eine **zu hohe Einkommensteuerschuld** festgesetzt worden sei. Ungeachtet der Ausführungen im angefochtenen Urteil und der eingehenden Darlegung in der Berufungserwidern hat der Kläger **nach wie vor nicht substantiiert vorgebracht, welche Abzugsposten konkret mit Rücksicht auf bestimmte belgische Steuerbestimmungen mit Erfolg hätten zusätzlich in Abzug gebracht werden können**, wenn der Beklagte über die Einschaltung des Steuerbüros S. in Eupen hinaus, das für den Kläger gegenüber dem belgischen Fiskus tätig geworden ist, weitere Aktivitäten entfaltet hätte.

**Der angebliche Schaden, der in der Zuhochveranlagung bestehen und der sich laut Berufungsbegründung auf 213.653 BRF belaufen soll, ist nicht einmal im Ansatz nachvollziehbar.** Das Schreiben der belgischen Rechtsanwälte M. & P. vom 6.8.1996 ist aus sich heraus nicht verständlich und schriftsätzlich nicht aufbereitet. Nur auf einem Blatt des Schriftsatzes vom 24.9.1998 geht der Kläger auf einen einzelnen Punkt ein: die angeblich in Belgien arbeitnehmerfreundlichere Abschreibungsmöglichkeit betr. ein für Berufsfahrten genutztes Kfz. Zum einen ist auch hier wiederum nicht vorgetragen, aus welcher konkreten belgischen Steuervorschrift sich die im Vergleich zu Deutschland verbesserte Abschreibungsmöglichkeit ergeben soll. Zum anderen hat der Kläger persönlich im Termin richtig gestellt, dass entgegen der Behauptung im vorgenannten Schriftsatz doch oft Fahrgemeinschaften bestanden haben und zudem von Seiten des Arbeitgebers Auslösebeträge zum Ausgleich für die Fahrtkostenmehraufwendungen gezahlt worden sind.

Einer näheren Aufschlüsselung hinsichtlich der so genannten Werbungskosten - um eine Terminologie des deutschen Einkommensteuerrechts zu verwenden - hätte es auch deshalb bedurft, weil z.T. bereits Werbungskosten von der belgischen Finanzbehörde steuermindernd in Ansatz gebracht worden sind. Hierbei handelt es sich ausweislich des Steuerbescheides vom 16./17.12.1993 um einen Betrag i.H.v. 86.206 BRF für „Beroepskosten“.

**Der Notwendigkeit eines substantiierten Vortrags zum belgischen Steuerrecht ist der Kläger nicht wegen § 293 ZPO entoben. Diese Vorschrift, die auf eine Amtsermittlung ausländischen Rechts abstellt, setzt jedenfalls in den Fällen, in denen einer Partei ein konkreter Vortrag zu ausländischem Recht zumutbar ist, voraus, dass der Inhalt ausländischer Rechtsnormen substantiiert vorgetragen wird (vgl. die Nachweise aus der Rechtsprechung bei Zöller/Gummer, ZPO 20. Aufl., § 293 Rdnr. 16).** Die Zumutbarkeit für den Kläger ist vorliegend ohne weiteres zu bejahen, da er in der steuerlichen Angelegenheit ohnehin belgische Anwälte mandatiert hat.

Mangels Darlegung einer objektiv fehlerhaften Steuerfestsetzung in Belgien für 1991 kann daher dahinstehen, inwieweit überhaupt eine Pflichtverletzung des Beklagten angenommen werden kann.

b) Ein Schaden könnte demnach allenfalls mit Rücksicht auf die **Folgen der verspäteten Zahlung**, d.h. insbesondere hinsichtlich der angefallenen **Säumniszuschläge und Vollstreckungskosten** zu bejahen sein. Der Kläger ist jedoch beweisfällig für seine Behauptung geblieben, der Zeuge S., der unstreitig Erfüllungsgehilfe des Beklagten ist (§ 278 BGB), habe ihn angewiesen, auf den Steuerbescheid vom 16./17.12.1993 hin keinerlei Zahlungen zu leisten.

Zu dieser Frage hat der Senat den Zeugen S. vernommen. Der Zeuge hat die Beweisfrage nicht im Sinne der Darstellung des Klägers beantwortet. Mag der Zeuge auch gewisse Erinnerungslücken gehabt haben – was angesichts des zwischenzeitlich verstrichenen Zeitraums auch nicht verwunderlich ist – und mag die Aussage des Zeugen auch unter dem Gesichtspunkt kritisch zu würdigen sein, dass er sich ggf. Rückgriffsansprüchen des Beklagten ausgesetzt sieht, falls er den Kläger schuldhaft falsch beraten hat, so kann aus alledem nicht geschlossen werden, dass eine Anweisung des Zeugen an den Kläger, auf den Steuerbescheid zunächst nicht zu zahlen, als zur Überzeugung des Gerichts feststehend anzusehen ist.

Der Umstand, dass der Kläger zunächst keinerlei Zahlungen erbracht hat, kann auch darauf beruhen, dass er grundsätzlich zahlungsunwillig war. Hierfür könnte sprechen, dass er erst im Oktober/November 1995 eine Zahlung auf die belgische Steuerschuld für 1991 erbracht hat, obgleich er – wie er in der mündlichen Verhand-

lung vor dem Senat klargestellt hat – bereits im Mai 1995 von den Rechtsanwälten M. & P. dahingehend aufgeklärt worden ist, zunächst einmal auf den Steuerbescheid vom 16./17.12.1993 hin zahlen zu müssen.

Einer Einvernahme der in der Berufungsbegründung benannten Zeugen bedurfte es nicht. Diese Zeugen waren – wie der Kläger auf Nachfrage des Senates klargestellt hat – bei der entscheidenden Besprechung, die der Kläger mit dem Zeugen S. im Anschluss an den Erhalt des Steuerbescheides vom 16./17.12.1993 geführt hat, nicht zugegen. Die Zeugen sollen von dem Zeugen S. „entsprechende Hinweise“ erhalten und sich später untereinander zu diesem Punkt besprochen haben. Der Beweisantrag ist aus tatsächlichen Gründen ohne Bedeutung. Eine Indiztatsache ist dann aus tatsächlichen Gründen bedeutungslos, wenn das Gericht auch für den Fall, dass sie erwiesen wäre, daraus keinen für das Urteil relevanten Schluss ziehen würde (vgl. BGHR, § 244 Abs. 3 Satz 2 StPO, *Bedeutungslosigkeit* 23, Bl. 2).

Selbst wenn die als Zeugen benannten Arbeitskollegen des Klägers seine Behauptung bestätigen würden, so wäre dies nur ein Indiz dafür, dass dem Kläger eine vergleichbare Auskunft erteilt worden wäre. Der Senat würde bei Bestätigung des Indizes jedoch nicht die Haupttatsache – die angebliche Anweisung des Zeugen S. an den Kläger, auf den Bescheid vom 16./17.12.1993 hin keine Zahlungen zu leisten – als bewiesen ansehen.

Dagegen spricht vor allem, dass der Inhalt der Erklärungen des Zeugen S. gegenüber dem jeweiligen Mandanten des Beklagten maßgeblich mit von der ihm gestellten Frage, dem jeweiligen Empfängerhorizont und den begleitenden Erklärungen des Zeugen S. abhängig ist, also stark individuell geprägten Umständen, die keinen sicheren Rückschluss darauf zulassen, im vorliegenden Fall werde es genauso gewesen sein. Hinzu kommt, dass vorliegend die Schilderungen der Parteien über den angeblichen Gesprächsinhalt nahe beieinander liegen und daher Einzelheiten der Wortwahl darüber entscheiden, ob eine schuldhaft falsche Beratung oder ein zutreffender Hinweis auf eine zu prüfende Rechtslage anzunehmen ist.

Ebenso unsicher wäre das Indiz zu behandeln, dass sich die Arbeitskollegen – ggf. unter Einschluss des Klägers – untereinander über ihre Unterredungen mit dem Zeugen S. unterhalten

hätten. Denn insoweit kommt als weitere Unwägbarkeit der Umstand hinzu, dass die **Schilderung gegenüber dritten Personen** nicht dem objektiven Erklärungsgehalt der angeblichen Äußerungen des Zeugen S. entsprechen müssen, sei es, weil ein Missverständnis bei der Unterredung mit dem Zeugen S. aufgekommen sein mag oder weil die Zeugen und der Kläger untereinander ihre Schilderungen der eigenen Unterredung mit dem Zeugen S. in der (unbewussten) Erwartung gefärbt haben könnten, eine bestimmte Darstellung entspreche der Mehrheitsmeinung, wie es gewesen sein müsste.

c) Der Kläger hat auch keinen Anspruch gegenüber dem Beklagten, dass dieser ihm **die durch die Mandatierung der belgischen Anwälte entstandenen Kosten** erstattet.

Hierbei mag dahinstehen, inwieweit sich der Kläger aufgrund von schuldhaften Pflichtverletzungen des Beklagten mit Recht veranlasst sah, nunmehr die belgischen Rechtsanwälte M. & P. mit der Erledigung seiner steuerlichen Angelegenheiten zu betrauen. Der Kläger hat jedenfalls nicht substantiiert dargetan, inwieweit ihm konkret eine Doppelbelastung entstanden ist, da er nicht im Einzelnen angibt, für welche Tätigkeit die belgischen Anwälte ein Honorar erhalten haben.

Daher ist nicht nachvollziehbar, dass diese Kosten nicht angefallen wären, wenn der Beklagte selbst die steuerlichen Angelegenheiten des Klägers bis zum Schluss abgewickelt hätte. **Es ist insbesondere nicht ersichtlich, dass der Gebührenanspruch des Beklagten, der ihm mit der Widerklage rechtskräftig zugesprochen worden ist, Tätigkeiten des Beklagten betrifft, die später von den Rechtsanwälten M. & P. gegen Gebühr erneut erledigt werden mussten.**

## II.

Die Anschlussberufung hat Erfolg.

Streitgegenständlich ist nur die Frage, ob die Entstehung eines Schadens zumindest wahrscheinlich ist, der darauf zurückzuführen ist, dass der Zeuge S. gegen die Einkommensteueranlagung für das Jahr 1992 durch den belgischen Fiskus nicht umgehend Rechtsmittel eingelegt hat. Nur insoweit ist der Beklagte erstinstanzlich verurteilt worden, ohne dass der Kläger die teilweise Klageabweisung betr. das Jahr 1992 mit der Berufung angefochten hätte.

Der Kläger hat nicht hinreichend substantiiert dargetan, dass ein konkreter Schaden aufgrund einer nicht umgehenden Einspruchseinlegung wahrscheinlich entstanden ist oder entstehen wird.

Ausgangspunkt ist, dass der Einspruch, der schließlich seitens der vom Kläger selbst mandatierten belgischen Rechtsanwälte gegen den Steuerbescheid vom 5.1.1995 eingelegt worden ist, unstreitig nicht verspätet war. Der Einspruch hatte nicht wegen Verfristung keinen Erfolg, sondern nur deshalb, weil die belgische Seite sich auf den – unstreitig rechtsirrigen – Standpunkt stellte, dass auch für 1992 Belgien gegenüber dem Kläger ein Recht zustehe, Einkommensteuer zu erheben.

Ausgangspunkt muss ferner sein, dass der Zeuge S. unstreitig rechtzeitig die belgische Seite auf den maßgeblichen Gesichtspunkt der sog. 183-Tage-Klausel des Deutsch-Belgischen Doppelbesteuerungsabkommens hingewiesen hat. Dies geschah bereits durch die Formulierung der vom 14.10.1994 datierenden Antwort des Klägers auf das Schreiben der belgischen Finanzbehörde vom 7.10.1994, sich zu dem im Jahre 1992 erzielten Einkommen zu erklären.

Da der Kläger auch nach Beratung von Seiten der belgischen Rechtsanwälte, die er selbst mandatiert hatte, nicht bereit war, auf die belgische Steuerfestsetzung für 1992 etwas zu zahlen, ist nicht ersichtlich, welcher Schaden dadurch bedingt sein soll, dass der Zeuge S. nicht sogleich nach Information über den Erlass des Steuerbescheides vom 5.1.1995 hiergegen Einspruch eingelegt hat.

Zudem weist der Beklagte zu Recht darauf hin, dass der Kläger nicht substantiiert vorgetragen hat, dass Säumniszuschläge nach belgischem Recht dann nicht anfallen, wenn Einspruch eingelegt wird. Dies wäre jedoch Voraussetzung für die Annahme eines etwaigen Schadens, der dem Kläger daraus entstanden sein könnte, dass der Zeuge S. nicht umgehend Einspruch gegen den belgischen Steuerbescheid vom 5.1.1995 eingelegt hat.

Angesichts des zuvor Gesagten kann offen bleiben, ob die in der Anschlussberufung wiederholte Behauptung des Beklagten zutrifft, er bzw. der Zeuge S. sei vom Kläger ohnehin nicht mit der Einlegung des Einspruchs gegen den Steuerbescheid betr. 1992 beauftragt gewesen.



## Honorar des Steuerberaters

- Vereinbarkeit, § 9 Abs. 2 StBGebV
  - Gegenstandswert, Buchführungshonorar
  - Vorjahresumsatz
- (OLG Oldenburg, Urt. v. 1.9.1998 - 5 U 74/98)

### Leitsatz (d. Red.):

Der Gegenstandswert einer korrekten Abrechnung der erledigten Buchführungsarbeiten muss sich auf den Jahresumsatz des Abrechnungsjahres und nicht auf den eines Vorjahres beziehen.

### Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten in der Berufungsinstanz nur noch über das von dem Kläger, einem Steuerberater, dem Beklagten für Buchführungsarbeiten von Juli 1993 bis August 1995 unter dem 30.12.1995 in Rechnung gestellte Steuerberaterhonorar in Höhe von 5.434 DM zzgl. 15% USt.

Das Landgericht hat – sachverständig beraten – die darauf gerichtete Klage abgewiesen, da der Anspruch mangels ordnungsgemäßer Rechnungsstellung nicht fällig sei. Mit der dagegen gerichteten Berufung verfolgt der Kläger unter Vorlage einer weiteren, unter dem Datum vom 30.12.1995 neu erstellten Rechnung diesen Anspruch weiter, die der Beklagte wiederum als nicht den gesetzlichen Abrechnungsbestimmungen genügend zurückweist.

Die zulässige Berufung hat in der Sache keinen Erfolg.

### Aus den Gründen:

Das Landgericht hat mit überzeugender Begründung, auf die gemäß § 543 Abs. 1 Halbsatz 2 ZPO verwiesen wird, die Rechnungsstellung auch unter Berücksichtigung der im nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 25.2.1998 nach der letzten mündlichen Verhandlung erfolgten neuen Rechnungsvorlage als **nicht mit § 9 Abs. 2 StBGebV vereinbar** zurückgewiesen. Dem Kläger ist es auch mit der nunmehr vorgelegten Abrechnung nicht gelungen, eine den gesetzlichen Abrechnungsanforderungen gehorchende Gebührenrechnung vorzulegen.

**Alle drei unter dem 30.12.1995 zu den Akten gereichten Rechnungen lassen bereits deswegen eine korrekte Abrechnung der durchgeführten Buchführungsarbeiten vermissen,**

**weil die Gebühren nicht ordnungsgemäß nach den maßgeblichen Gegenstandswerten aufgeschlüsselt sind.** Insbesondere wird bei dem einheitlich jeweils für die Jahre 1993 bis 1995 eingesetzten Gegenstandswert nach dem Jahresumsatz gemäß § 33 Abs. 6 StBGebV nicht klar, dass der Kläger 1993 und 1995 die Buchführung nur für einen Teil des Jahres vorgenommen hat.

In seinem Berufungsvorbringen hat es der Kläger ebenso wenig wie in seinem erstinstanzlichen Vortrag vermocht, die Gebühren gemäß § 9 Abs. 2 StBGebV zu berechnen und auszuweisen, obwohl das dabei zu beachtende Abrechnungsvorgehen dem Sachverständigen zufolge in den Erläuterungsbüchern zur StBGebV im Einzelnen dargelegt ist. Auch in der Berufungsbegründung legt der Kläger lediglich einen auf der Basis der Jahresumsatzzahlen von 1992 bezogenen Gegenstandswert nach einem geschätzten jährlichen Mindestumsatz von 316.000 DM für die Jahre 1993, 1994 und 1995 zugrunde.

Zwar hat der Kläger nunmehr für die Jahre 1993 bis 1995 unterschiedliche Gesamtbeträge aufgeführt. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um die Multiplikation aus der Anzahl der Monate mit dem von ihm von Anfang an ohne ausreichende gebührenrechtliche Begründung angenommenen Betrag von 209 DM pro Monat. Der dafür herangezogene **Gegenstandswert** ist nicht der gesetzlich geforderte des Abrechnungsjahres, sondern nur eine **Schätzung nach den Umsatzzahlen 1992.**

Dass der Beklagte ihn insoweit – gar treuwidrig – an einer ordnungsgemäßen Rechnungsstellung gehindert habe, ist mit dem Hinweis auf die erfolgte Herausgabe der Unterlagen nicht substantiiert dargetan. Darauf lässt sich die geltend gemachte Berechtigung des Klägers, der alle Unterlagen für eine korrekte Rechnungsstellung in den Händen hatte und sie dafür ggf. hätte wieder herausverlangen können, von der gebührenrechtlich vorgesehenen Abrechnung abzuweichen, nicht stützen. Offen bleibt ferner, von welchem Gegenstandswert bei der Abrechnung der monatlich nicht ganzjährig erbrachten Buchführungsarbeiten 1993 und 1995 auszugehen ist. **Die Bezugnahme auf die Jahresumsatzzahl 1992 gibt dafür jedenfalls keine nachvollziehbare, § 9 Abs. 2 StBGebV entsprechende Grundlage.**

Die Abrechnung genügt daher insgesamt nicht der gesetzlich geforderten Aufschlüsselung der Tätigkeitsberechnung. (...)

## Fristenkontrolle

- Organisationsverschulden
- Fristanweisung
- Klebezettel
- Spezielle Aktenablage im Sekretariat  
(*OLG Hamburg, Beschl. v. 8.6.1998 - 14 U 80/98, OLG-Report 1999, 219*)

### Leitsatz:

Ein der Partei über § 85 Abs. 2 ZPO zurechenbares Anwaltsverschulden bei der Fristenkontrolle liegt darin, dass der Rechtsanwalt sein Büro mittels eines Klebezettels („Post-it“) auf dem Aktendeckel anweist, die Berufungsbegründung zu notieren.

### Aus den Gründen:

Die Berufung der Beklagten ist als unzulässig gemäß § 519b ZPO zu verwerfen, weil die Beklagten ihre Berufung nicht innerhalb der bis zum 27.4.1998 laufenden Berufungsbegründungsfrist begründet haben. Sie haben ihre Berufungsbegründung erst mit einem am 19.5.1998 eingegangenen Wiedereinsetzungsgesuch verbunden (§ 236 ZPO).

Dieses Wiedereinsetzungsgesuch ist zulässig. Insbesondere ist es innerhalb der zweiwöchigen Frist des § 234 Abs. 1 ZPO eingereicht worden, nachdem die Prozessbevollmächtigten der Beklagten am 5.5.1998 die gerichtliche Mitteilung über die fehlende Berufungsbegründung erhalten hatten. Das Gesuch entspricht auch den weiteren formellen, in § 236 ZPO geregelten Anforderungen.

Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist indessen unbegründet, weil die Beklagten angesichts der Zurechenbarkeit des Verschuldens ihrer Prozessbevollmächtigten gemäß § 85 Abs. 2 ZPO nicht ohne Verschulden verhindert waren, die bis zum 27.4.1998 laufende einmonatige Berufungsbegründungsfrist einzuhalten.

Das Verschulden der Prozessbevollmächtigten der Beklagten ist organisatorischer Art. Es betrifft die Fristenkontrolle und ergibt sich aus dem Vorbringen zur Antragsbegründung selbst. Danach verhält es sich so, dass der sachbearbeitende Rechtsanwalt nach „Einlegung“ der Berufung (gemeint ist allerdings offenbar nicht die Einlegung der Berufung, sondern nur Herstellung und Ablage der Berufungsschrift im Post-

ausgangsfach) in der Regel handschriftlich auf einem gesonderten Zettel unter dem Datum der Unterzeichnung die Berufungsbegründungsfrist verfügt.

Zum konkreten Fall heißt es u.a., Rechtsanwalt Dr. H. habe nach Einlegung der Berufung in der üblichen Weise auf einem **handschriftlichen Zettel die Notierung der Berufungsbegründungsfrist** verfügt und die Akte mit diesem Klebezettel (Marke „Post-it“) auf dem Aktendeckel auf den für Fristnotierungen vorgesehenen speziellen Platz auf einem **Schreibtisch im Sekretariat** gelegt.

Dieser Handhabung stehen Fehlerquellen für die Fristenkontrolle gleichsam auf der Stirn geschrieben, deren jede für sich eine sorgfältige Fristenkontrolle nicht als gewährleistet erscheinen lässt.

Zum einen ist nach Auffassung des Senats die Überlegung absolut nahe liegend, dass ein **Klebezettel**, gar ein solcher mit sehr schmalem Rand wie bei den Abreißklebezetteln der Marke „Post-it“, der auf einem Aktendeckel angebracht wird, einem ganz erheblichen **Loslöse-, d.h. Verlustrisiko** ausgesetzt ist, welches sich bei jedem Umgang mit der betreffenden Akte verwirklichen kann; eine sichere Handhabung und Kontrolle der Berufungsbegründungsfrist auf eine solche Art und Weise erscheint nicht gewährleistet.

Zum anderen ist **die Ablage von Akten, bei denen es um die Verfügung und die anschließende Kontrolle von Berufungs- bzw. Berufungsbegründungsfristen geht, auf einem „speziellen Platz“ auf einem Schreibtisch im Sekretariat als Gefahrenquelle anzusehen**, weil weder gewährleistet erscheint, dass jede solche Akte präzise dort hingelangt, noch dass sie dort nicht mit anderen Akten vermischt wird, die beispielsweise auf **benachbarten Stapeln** liegen.

Schließlich verweist der Senat auf einen weiteren Gesichtspunkt: Die Beklagten lassen nur vortragen, dass die Rechtsanwaltsgehilfin W. generell mit **Fristennotierung und -kontrolle** betraut ist. Nicht vorgetragen wird hingegen, wer mit dem **Absetzen des Fax** an die gegnerischen Prozessbevollmächtigten am 27.3.1998 betraut war, also möglicherweise für das Verschwinden des Klebezettels und das Weglegen der Akten verantwortlich ist, und wie es um die generelle Zuverlässigkeit dieser Mitarbeiter(innen) bestellt ist.

## Versicherungsschutz

- Organisationsmängel
  - Ausgangskontrolle
  - Wissentliche Pflichtverletzung, § 4 Nr. 6 AVB
  - Investitionszulageantrag
- (OLG Stuttgart, Urt. v. 28.5.1998 - 7 U 202/97)

### Leitsatz:

Das Fehlen einer ordnungsgemäßen Postausgangskontrolle reicht nicht zur Annahme einer wissentlichen Pflichtverletzung des Steuerberaters i.S.d. § 4 Nr. 6 AVB.

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerin unterhält bei der Beklagten die nach § 67 StBerG vorgeschriebene Haftpflichtversicherung. Sie hat sich gegenüber einer Mandantin, der R.-GmbH, schadenersatzpflichtig gemacht, weil sie die Investitionszulage für das Jahr 1994 verspätet beantragt hat und weil diese Investitionszulage daher nicht gewährt wurde.

Die Klägerin nimmt die Beklagte aufgrund des Versicherungsvertrages auf Leistung von Schadenersatz in Anspruch. Den behaupteten Gesamtbruttoschaden errechnet sie wie folgt:

Nicht erhaltene Investitionszulage	66.812 DM
zzgl. Gewerbesteuer	20.080 DM
zzgl. Körperschaftsteuer	58.237 DM
zzgl. Solidaritätszuschlag	4.367 DM
insgesamt	149.469 DM

Die Klägerin hat vorgebracht, der Steuerberater und Geschäftsführer G. habe den am 10.7.1995 gefertigten und am 1.8.1995 nochmals besprochenen Antrag im verschlossenen Umschlag seiner Sekretärin zur Weiterleitung als einfachen Brief übergeben. Der Brief sei nicht im Hause der Klägerin liegen geblieben. Der Postversand fristwahrender Schriftstücke sei bei ihr so organisiert, dass diese Schriftstücke immer per Einschreiben versandt würden und hierzu dann der Einschreibebegleit in die Akte eingeordnet werde.

Vorliegend habe der Steuerberater die Versendung als Einschreiben versehentlich nicht beachtet. Dieser Fehler sei bei der Anfang September durchgeführten Kontrolle, ob sämtliche Anträge gefertigt worden seien, ebenfalls nicht bemerkt worden.

(Anträge ...)

Die Beklagte beruft sich auf das Vorliegen des Ausschlusstatbestandes von § 4 Nr. 6 Satz 1 der Allgemeinen Bedingungen für die Vermögensschadenhaftpflichtversicherung von Rechtsanwälten und von Angehörigen der wirtschaftsprüfenden sowie wirtschafts- und steuerberatenden Berufe (AVB-WB). Hierzu hat die Beklagte vorgebracht, der Ausschlusstatbestand sei gegeben, weil die Klägerin die Fristenkontrolle und die Kontrolle der für die Einhaltung von Fristen maßgeblichen Post bewusst nicht so geregelt habe, dass Vorkehrungen zur Vermeidung von Büroversehen getroffen worden seien. Dies ergebe sich aus der Einspruchsentscheidung des Finanzamts L. vom 20.1.1997. Im Übrigen werde die Höhe des geltend gemachten Anspruchs bestritten.

Mit Urteil vom 25.7.1997 hat das Landgericht die Klage abgewiesen. Gegen dieses ihr am 31.7.1997 zugestellte Urteil wendet sich die Klägerin mit der am 1.9.1997 eingegangenen Berufung. Die Begründungsfrist wurde am 29.9.1997 bis zum 3.11.1997 verlängert. Am 31.10.1997 ging die Berufungsbegründung ein.

Die Klägerin hält an ihrem erstinstanzlichen Vortrag fest. Sie bleibt dabei, dass eine wissentliche Pflichtverletzung nicht vorgelegen habe. Die Fristversäumung beruhe nicht auf einem Organisationsverschulden, sondern auf dem Versehen des Geschäftsführers der Klägerin, der versäumt habe, den Investitionszulageantrag per Einschreiben zu versenden, und der bei der Überprüfung Anfang September nochmals den fehlenden Nachweis des Zugangs nicht erkannt und korrigiert habe.

(Anträge ...)

Auch die Beklagte hält an ihrem erstinstanzlichen Vorbringen fest. Die Klägerin habe keine Organisation, die die Überprüfung der Erledigung und Absendung fristwahrender Schriftstücke sicherstelle. Das Fehlen jeglicher Organisationsform im Hinblick auf eine wirksame Kontrolle sei bei Angehörigen der rechts- und steuerberatenden Berufe als wissentliche Pflichtverletzung einzuschätzen.

Die Berufung ist zulässig. In der Sache führt sie zur Abänderung des angefochtenen Urteils. Da der Klageanspruch nach Grund und Betrag streitig ist und da der Streit über den Betrag des Anspruchs noch nicht zur Entscheidung reif ist, ist auszusprechen, dass die Klage dem Grunde nach gerechtfertigt ist.

Gleichzeitig ist der Rechtsstreit wegen der Entscheidung zur Höhe an das Landgericht zurückzuverweisen (§ 538 Abs. 1 Nr. 3 ZPO). Dem Landgericht wird auch die Entscheidung über die Kosten des Berufungsverfahrens übertragen.

#### Aus den Gründen:

Das Landgericht ist davon ausgegangen, dass die Leistungspflicht der Beklagten nach § 4 Nr. 6 Satz 1 AVB-WB ausgeschlossen sei. Nach dieser Bestimmung bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche wegen Schäden durch wissentliches Abweichen von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers oder durch sonstige wissentliche Pflichtverletzung. Das Landgericht hat das Vorliegen dieser Voraussetzungen bejaht mit der Begründung, **die Klägerin habe die Anforderungen der Rechtsprechung an eine wirksame Ausgangskontrolle fristwahrender Schriftstücke nicht sichergestellt.**

Der Senat versteht diese Rechtsprechung, z.B. BGH, VersR 1993, 207, dahin, dass sie nur die Voraussetzungen für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung bestimmter Fristen (§ 233 ZPO) regelt. Daran ändert die Tatsache nichts, dass z.B. in der genannten Entscheidung des Bundesgerichtshofs ausgeführt wird, dass ein Rechtsanwalt durch entsprechende Organisation eine ordnungsgemäße Ausgangskontrolle fristwahrender Schriftsätze sicherstellen muss, woraus sich eine entsprechende Pflicht ergibt.

Die Entscheidung betrifft aber nur die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren ist. **Die Entscheidung besagt nicht, dass es unabhängig von den Voraussetzungen für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand eine Pflicht eines Rechtsanwalts oder eines Steuerberaters gibt, eine wirksame Ausgangskontrolle durchzuführen.** Ein wissentlicher Verstoß gegen eine solche Verpflichtung kommt daher im vorliegenden Fall nicht in Betracht (vgl. hierzu auch Prölss/Martin 25. Aufl., zur Architektenhaftpflicht Anm. 13a und zu § 4 AVB Vermögen Anm. 13, sowie Römer/Langheid, zu § 152 VVG Rdnr. 2, jeweils m.w.N.).

**Der Bundesgerichtshof hat in VersR 1970, 1121, 1122, ausgesprochen, dass die Klausel nicht auf einen Fall angewandt werden kann, in dem ein Unternehmer seinen allgemeinen Verpflichtun-**

**gen zur Einrichtung und Regelung eines gefahrlosen Betriebs nicht nachkommt. Andernfalls würde die Ausschlussklausel sinnwidrig auf alle Fälle ausgeweitet werden, in denen der Schaden durch Anordnung und Durchführung geeigneter Vorsichtsmaßnahmen zu verhindern gewesen wäre.** Damit würde der Versicherungsschutz praktisch weitgehend entwertet und der mit dem Versicherungsvertrag verfolgte Zweck nicht erreicht.

Auch wenn dieser Entscheidung eine sehr viel enger gefasste Vertragsbestimmung zugrunde lag als im vorliegenden Fall, so gelten diese Grundsätze auch für den hier gegebenen Sachverhalt. **Auch sonst gibt es kein Gesetz und keine behördliche Anordnung über die von einem Steuerberater vorzunehmende Fristenkontrolle. Auch der Auftraggeber hat keine Anweisung oder Bedingung in dieser Richtung gestellt.**

Der Senat hat, wie schon das Landgericht, den Geschäftsführer der Klägerin persönlich angehört. Dabei hat der Senat den Eindruck gewonnen, dass der Geschäftsführer der Klägerin, wenn man überhaupt von einer Pflicht zur Durchführung einer wirksamen Ausgangskontrolle ausgehen will, diese Pflicht jedenfalls nicht wissentlich, sondern nur fahrlässig verletzt hat.

Aus den Angaben des Geschäftsführers der Klägerin ergibt sich, **dass eine schriftliche Weisung an die Mitarbeiter gegeben worden war, fristwahrende Belege jeweils zu der betreffenden Akte zu nehmen.** Er habe die einzelnen Akten daraufhin geprüft, ob die Investitionszulageanträge fertig gestellt waren. Dabei sei ihm entgangen, dass der Beleg für die Absendung eines Einschreibens nicht bei der Akte war. Jedenfalls sei er der Auffassung gewesen, dass die Klägerin durch diese Organisation der Ausgangskontrolle ihren Verpflichtungen gegenüber den Mandanten Genüge getan habe. Angesichts dieser Angaben des Geschäftsführers der Klägerin, der persönlich einen glaubhaften Eindruck machte, hat die Beklagte den ihr obliegenden Beweis für einen wissentlichen Verstoß nicht erbracht.

Insoweit gilt nichts anderes als im Fall einer unordentlichen Aktenführung. Für diesen Fall hat das OLG Hamm, VersR 1987, 802, entschieden, **dass die Tatsache der unordentlichen Führung von Akten allein zur Annahme einer wissentlichen Pflichtverletzung nicht ausreicht.**

## Wirtschaftsprüfer- und Steuerberater-Sozietät

– Verjährung, § 68 StBerG oder § 51a WPO?  
(LG Oldenburg, Urt. v. 29.1.1999 – 6 O 1357/98, rkr.)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Bei mehrfacher Berufsqualifikation kommt es für die Frage der Verjährung darauf an, wo der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt.
2. Sind mehrere Berufsqualifikationen in einer Sozietät verbunden und werden beide vom Mandanten in Anspruch genommen, sind die steuerliche Beratung und die Wirtschaftsprüfertätigkeit getrennt zu betrachten. Der Regress wegen der Pflichtverletzung des Steuerberaters verjährt gemäß § 68 StBerG.

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt aus abgetretenem und eigenem Recht die Beklagte auf Schadenersatz wegen falscher steuerrechtlicher Beratung in Anspruch. Bei der Beklagten handelt es sich um die Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Sozietät O., Dr. K. und Partner, zu welcher seinerzeit der Steuerberater O. und der Wirtschaftsprüfer Dr. K. gehörten.

Der Streit kreist um die N.-GmbH, die 20 Jahre lang ein Handelsunternehmen betrieben hatte, bis sie 1995 in Konkurs fiel. Im Jahre 1987 war Frau S. alleinige Gesellschafterin dieser GmbH. Der vorgenannte Steuerberater O. hatte jahrelang die steuerlichen Angelegenheiten der N.-GmbH und auch der Frau S. betreut, was nach der Darstellung des Klägers auch für das Jahr 1987 zugetroffen haben soll.

Durch notariellen Vertrag vom 23.12.1987, dem ein entsprechender Gesellschafterbeschluss vom 15.12.1987 vorausgegangen war, veräußerte die N.-GmbH ein ihr gehörendes Grundstück an den Ehemann der Gesellschafterin zu einem Kaufpreis von 325.000 DM. Dieser Betrag soll weit unter dem Verkehrswert gelegen haben, woraus sich später Steuernachforderungen des Finanzamts ergaben. In die Vertragsverhandlungen über den Grundstücksverkauf war auch der Steuerberater O. einbezogen worden.

Frau S. übertrug, und zwar ebenfalls am 23.12.1987, ihren Geschäftsanteil an der

N.-GmbH auf die T.-GmbH; wie der Kläger behauptet, soll die Erwerberin aber in den folgenden Jahren den Geschäftsanteil treuhänderisch für Frau S. gehalten haben.

Durch den ab 1.1.1988 amtierenden Geschäftsführer B. der N.-GmbH beauftragte diese die Sozietät O., Dr. K. und Partner mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.1987, den ein Steuerberater B. erstellt hatte. Der entsprechende Bericht, gefertigt unter dem 16.5.1988 und unterschrieben von dem Wirtschaftsprüfer Dr. K. und von dem Steuerberater O., enthielt den Hinweis, dass sich durch die Veräußerung des Grundstücks das Anlagevermögen der N.-GmbH um 367.000 DM gemindert habe.

Bei einer Betriebsprüfung kam das Finanzamt 1991 zu dem Ergebnis, dass die Grundstücksveräußerung an den Ehemann S. weit unter Wert erfolgt sei und dass darin eine verdeckte Gewinnausschüttung gelegen habe. Es erhob deswegen mit Bescheiden vom 13.9.1991 zusätzlich Körperschaft-, Umsatz- und Gewerbesteuer für 1987 von der N.-GmbH; durch Bescheide vom 23.4.1993 wurden diese Steuern wegen zwischenzeitlicher Änderungen neu festgesetzt. Die N.-GmbH ist auf diese Weise mit insgesamt 94.596,07 DM Steuern nachbelastet worden.

Wann das Mandat der Sozietät O., Dr. K. und Partner für die N.-GmbH endete, steht nicht genau fest. Es lief anscheinend im September 1992 aus, als die Verhandlungen über die vorgenannten Steuerrückstände abgebrochen wurden. Inzwischen war der Steuerberater H. für die N.-GmbH tätig. Dieser beauftragte mit Schreiben vom 5.2.1993 den Rechtsanwalt Dr. L., die Angelegenheiten der N.-GmbH wahrzunehmen, insbesondere gegen Herrn S. einen Anspruch auf Zahlung der nacherhobenen Steuern geltend zu machen. Spätestens zu dieser Zeit war das Mandat des Steuerberaters O. erloschen. Dieser wurde aber in der Folgezeit erneut als Berater eingeschaltet, nun aber von Herrn S. und möglicherweise auch von dessen Ehefrau.

Der Kläger ließ seiner Einzelfirma P. durch Formularvertrag vom 3.12.1993 seitens der N.-GmbH deren sämtliche Forderungen gegen alle Schuldner abtreten. Im übrigen war er 1995, als über das Vermögen der N.-GmbH das Konkursverfahren eröffnet wurde, deren Gesellschafter mit einer Mehrheit der Geschäftsanteile. Er ist mit Forderungen von etwa 350.000 DM, die er aus Lieferungen und aus Darlehen gegen die N.-GmbH hatte, ausgefallen.

Mit der am 8.5.1998 eingereichten Klage verlangt der Kläger von der Beklagten Schadenersatz in Höhe der oben bezeichneten Steuerbelastung von 94.596,07 DM zzgl. Nebenforderungen. Er trägt zur Begründung vor, der Steuerberater O. habe die Eheleute S. und auch die N.-GmbH vor Abschluss des Grundstückskaufvertrages vom 23.12.1987 beraten und in diesem Zusammenhang den Kaufpreis von 325.000 DM entsprechend dem Buchwert empfohlen. Dabei habe er versäumt, ein Gutachten über den Wert des Grundstücks einzuholen. Es würde sich dann gezeigt haben, dass der Kaufpreis viel zu niedrig bemessen worden sei.

Als Steuerberater hätte O. bedenken müssen, dass durch die Veräußerung eine stille Reserve, nämlich der Unterschied zwischen dem Buchwert und dem Verkehrswert des Grundstücks, aufgelöst werde und dass darin eine verdeckte Gewinnausschüttung zu sehen sei, welche zu Nachforderungen an Steuern führen würde. Die nacherhobenen Steuern seien allein der N.-GmbH zur Last gefallen, während der die Kehrseite bildende Vorteil, das Grundstück günstig erworben zu haben, in der Person von Herrn S. entstanden sei, der sich später aber nicht bereit gefunden habe, für die Steuernachzahlung aufzukommen.

Auf eine Verjährung könne die Beklagte sich nicht berufen. Denn hier gelte die fünfjährige Verjährungsfrist gemäß § 51a der Wirtschaftsprüferordnung (WPO) und nicht die dreijährige Frist gemäß § 68 des Steuerberatungsgesetzes (StBerG), weil das Mandat an die Sozietät O., Dr. K. und Partner auf eine Wirtschaftsberatung gerichtet gewesen sei, wovon die Behandlung der steuerrechtlichen Fragen nur einen Teil gebildet habe.

Wenn der von der Rechtsprechung anerkannte Sekundäranspruch berücksichtigt werde, so werde die Verjährung erst 10 Jahre nach der Betriebsprüfung des Finanzamts im Jahre 1991 eintreten. Im Übrigen müsse die Beklagte sich hierbei entgegenhalten lassen, dass der Steuerberater O. noch vor der Verjährung des Primäranspruchs im Jahre 1996 von den Eheleuten S. erneut beauftragt worden sei.

(Anträge ...)

Die Beklagte wendet ein, die Sozietät O., Dr. K. und Partner habe sich gegenüber der N.-GmbH nicht schadenersatzpflichtig gemacht. Im Jahre 1987, so behauptet sie, habe der Steuerberater

B. die steuerlichen Angelegenheiten der N.-GmbH betreut. Dieser habe damals eine Berechnung angestellt, wonach der Kaufpreis von 325.000 DM für das Grundstück angemessen gewesen sei. Dieser Beurteilung habe sich der Steuerberater O. angeschlossen, als er um eine Plausibilitätsprüfung gebeten worden sei. Er habe dabei ausdrücklich auf die Gefahr einer verdeckten Gewinnausschüttung hingewiesen.

Im Übrigen bestreitet die Beklagte, dass der N.-GmbH ein Schaden entstanden sei.

Sie erhebt ferner die Einrede der Verjährung. Dabei geht sie von der dreijährigen Frist für Steuerberater aus, die nach ihrer Ansicht hinsichtlich des Sekundäranspruchs mit dem Mandatsende im Herbst 1992 zu laufen begonnen hat.

Die Klage ist unbegründet.

#### Aus den Gründen:

In Betracht kommt nur ein Schadenersatzanspruch, der für die N.-GmbH aus einer Verletzung des Vertragsverhältnisses zwischen ihr und der Sozietät O., Dr. K. und Partner, der Rechtsvorgängerin der Beklagten, entstanden sein könnte und durch Abtretung auf den Kläger übergegangen wäre. Die Globalabtretung vom 3.12.1993 mag hierfür als wirksam zugrunde gelegt werden.

Soweit der Kläger mit seinen Forderungen gegen die N.-GmbH ausgefallen ist, liegt hingegen nur eine mittelbare Schädigung vor, ohne dass eine rechtliche Grundlage für einen Ersatzanspruch des Klägers gegeben ist. Zugunsten des Klägers kann auch unterstellt werden, dass der Steuerberater O. im Zusammenhang mit dem Grundstücksgeschäft von 1987 pflichtwidrig gehandelt und dadurch der N.-GmbH einen Schaden zugefügt habe.

Der Gedankengang des Klägers, die nachträgliche Steuerbelastung der N.-GmbH sei nicht durch den Vorteil für den Ehemann der damaligen Alleingesellschafterin ausgeglichen worden, ist insofern zutreffend, als es sich um verschiedene Rechtssubjekte mit getrennten Vermögensmassen handelt. Fraglich erscheint allerdings, ob ein warnender Hinweis des Steuerberaters O. auf die verdeckte Gewinnausschüttung Frau S. hätte bewegen können, mit ihrem Ehemann einen höheren Kaufpreis zu vereinbaren oder

ganz von der Grundstücksveräußerung abzu-  
sehen. Aber auch davon mag zugunsten des  
Klägers ausgegangen werden.

Die Klage musste jedoch erfolglos bleiben, weil  
ein **etwaiger Schadenersatzanspruch des Klä-  
gers verjährt** ist und die Beklagte deswegen die  
Leistung verweigern kann (§ 222 BGB). Insoweit  
ist § 68 StBerG die maßgebliche Bestimmung,  
während § 51a WPO hier nicht anzuwenden ist;  
die Verjährungsfrist beträgt daher nicht 5 Jahre,  
sondern nur 3 Jahre.

**Bei mehrfacher Berufsqualifikation**, wenn also  
eine Person sowohl Wirtschaftsprüfer als auch  
Steuerberater ist, **kommt es für die Frage der  
Verjährung darauf an, zu welchem Berufsbild  
die betreffende Tätigkeit gehörte** (Gehre, *Steuer-  
beratungsgesetz* 3. Aufl., § 68 Randnote 17, 18).  
Soweit der BGH in einer Entscheidung (NJW  
1983, 1054) darauf abgestellt hat, worauf der  
Parteiwille gerichtet sei, ist das ein wenig  
brauchbares Abgrenzungsmerkmal. Vorzuziehen  
ist hier ein objektiver Maßstab. Die Kammer  
folgt deshalb anderen Entscheidungen des  
BGH (BGHZ 83, 328, 332; 102, 220), wonach ein  
Steuerberater die Beratung in einer Steuersache  
im Zweifel in dieser seiner Eigenschaft leistet,  
jedenfalls wenn hierbei der Schwerpunkt seiner  
Tätigkeit liegt. So ist auch der Sachverhalt in  
diesem Rechtsstreit zu beurteilen.

Eine Trennung der verschiedenen Fachgebiete  
wird im vorliegenden Fall schon dadurch nahe  
gelegt, **dass hier nicht mehrere Berufsqualifi-  
kationen in einer Person vereinigt waren, son-  
dern dass Wirtschaftsprüfer einerseits und  
Steuerberater andererseits in einer Sozietät  
verbunden waren.**

Dem entsprach eine Aufteilung der von der  
N.-GmbH übertragenen Aufgaben in der Weise,  
dass der Steuerberater O. – das Vorbringen des  
Klägers als richtig unterstellt – sich mit dem  
Grundstücksgeschäft unter steuerrechtlichen  
Gesichtspunkten befasste, während die Prüfung  
des Jahresabschlusses offenbar von dem Wirt-  
schaftsprüfer Dr. K. als dem federführenden  
Sachbearbeiter übernommen worden ist. Zu  
der personellen Verschiedenheit kam eine Ab-  
weichung in zeitlicher Hinsicht hinzu.

Die behauptete Beratung im Zusammenhang  
mit dem Verkauf des Grundstücks lag bereits  
in der ersten Hälfte des Monats Dezember 1987  
und geschah auch im Rahmen eines langjähri-  
gen Vertragsverhältnisses, dessen Gegenstand

allgemein die Wahrnehmung der steuerlichen  
Angelegenheiten war. Dagegen ist der geson-  
derte Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses  
zum 31.12.1987, wie aus dem betreffenden  
Bericht hervorgeht, von dem Geschäftsführer B.  
erteilt worden, der aber erst ab 1.1.1988 auf-  
grund eines Vertrages vom 23.12.1987 diese  
Funktion bei der N.-GmbH ausübte.

Das Ergebnis der Prüfung hat erst in dem  
Bericht vom 16.5.1988 seinen Niederschlag  
gefunden. Wenn dort auch der Abgang des ver-  
kauften Grundstücks beim Anlagevermögen  
vermerkt wurde, so reicht das nicht aus, damit  
ein einheitliches Auftragsverhältnis angenom-  
men werden kann. Es war keineswegs so, dass  
im Rahmen einer Wirtschaftsberatung nebenher  
eine steuerrechtliche Frage auftrat; **vielmehr  
hatte das vorausgegangene Grundstücks-  
geschäft mit seiner steuerrechtlichen Bedeu-  
tung ein durchaus eigenes Gewicht.**

**Diese Sachlage zwingt dazu, die steuerliche  
Beratung und die Wirtschaftsprüfertätigkeit  
getrennt zu betrachten mit der Folge, dass die  
Verjährung eines Schadenersatzanspruchs,  
der hier aus einer Pflichtverletzung des Steuer-  
beraters O. hergeleitet wird, nämlich aus dem  
unterlassenen Hinweis auf die steuerrecht-  
lichen Folgen einer verdeckten Gewinnaus-  
schüttung, allein nach § 68 StBerG zu beurtei-  
len ist und dass somit eine Verjährungsfrist von  
3 Jahren gilt.**

Nach der vorgenannten Bestimmung hat die  
**Frist in dem Zeitpunkt zu laufen begonnen**, als  
der etwaige Schadenersatzanspruch entstanden  
war. Das ist hier, wie es auch der Kläger sieht,  
mit dem **Zugang der Steuerbescheide** vom  
13.9.1991 geschehen, welche die Folge davon  
waren, dass bei der Prüfung des Finanzamts die  
verdeckte Gewinnausschüttung im Zusammen-  
hang mit dem Grundstücksverkauf von 1987  
herausgekommen war. Demgemäß war der  
eigentliche Regressanspruch, der so genannte  
Primäranspruch, im September 1994 verjährt.

**Die Rechtsprechung hat allerdings einen  
Grundsatz entwickelt, wonach Angehörige bera-  
tender Berufe wie Rechtsanwälte, Steuerberater  
und Wirtschaftsprüfer verpflichtet sind, den  
Mandanten auf eigene Fehler hinzuweisen und  
ihn über die drohende Verjährung seines Er-  
satzanspruchs zu belehren.**

Wird dagegen verstoßen, so verjährt der so ge-  
nannte Sekundäranspruch anschließend mit der



gleichen Frist. Während bei Rechtsanwälten die zweite Verjährungsfrist schon mit der Beendigung des Mandats beginnt (BGHZ 94, 380, 390), soll das für Steuerberater wegen der unterschiedlichen Fassung des § 68 StBerG und des § 51b BRAO nicht gelten, sondern hier der Fristenlauf erst ab Eintritt der Primärverjährung gerechnet werden, jedenfalls unter bestimmten Voraussetzungen (BGH, NJW-RR 1997, 50).

Ob dieser Gesetzesauslegung zu folgen ist, mag dahingestellt bleiben. Denn auch danach wäre im vorliegenden Falle der Sekundäranspruch bereits im September 1997 und damit einige Monate vor der Klageeinreichung verjährt gewesen.

Soweit der Kläger sich darauf beruft, dass der Steuerberater O. später, nämlich irgendwann zwischen 1992 und 1996, von den Eheleuten S. erneut beauftragt und wiederum mit derselben Angelegenheit befasst worden sei, führt das keinesfalls dazu, dass sich an dem Ablauf der Verjährungsfrist etwas ändern würde. Es handelte sich nämlich nicht um dieselben Mandanten wie früher die N.-GmbH.

Inzwischen war der Ehemann S. zum Gegner der N.-GmbH geworden und wehrte sich dagegen, für die Steuernachzahlung aufzukommen. Auch seine Ehefrau befand sich nun in dem anderen Lager, nachdem sie bereits 1987 aus der N.-GmbH ausgeschieden war, selbst wenn der Geschäftsanteil noch einige Jahre treuhänderisch für sie gehalten worden sein mag.

Die Sichtweise des Klägers, wonach die Eheleute S. und die N.-GmbH eine Einheit bilden sollen, ist verfehlt und widerspricht der Darstellung des Klägers zur Schadenentstehung, bei welcher er richtigerweise zwischen der GmbH und dem Ehemann der alleinigen Gesellschafterin unterschieden hat.

## GI Hinweis

Die Entscheidungen des BVerfG werden grundsätzlich noch am Tag der Bekanntgabe in das Internet eingestellt und sind unter der Adresse

<http://www.bundesverfassungsgericht.de>

abrufbar.

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-7

### Amtspflichtverletzung

- Gehör, rechtliches 2000, 125
- StB-Kosten 2000, 125

### Anlageberatung

- Abgrenzung
  - = > zur Steuerberatung 2000, 82
- Mitverschulden des Anlegers 2000, 82
- Schaden
  - = Vor- und Nachteile 2000, 82
- Zinsen
  - = >, unseriöse 2000, 82

### Aufrechnung

- Honorarforderung
  - = Fälligkeit, Vollwirksamkeit 2000, 23

### Belehrungspflicht des RA

- Mediator 2000, 42

### Belehrungspflicht des StB/WP

- Beweislast
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 87
- Ehegatten-Arbeitsverhältnis 2000, 87
- Fahrtenbuch
  - = Belehrung, unterlassene 2000, 25
- Gesetzgebungsverfahren
  - = ErbStG 2000, 67
  - = Firmenübertragung 2000, 67
- Relativ sicherster Weg
  - = Gesetzesänderung 2000, 67

### Berufung

- Klageänderung 2000, 33
- Klageanspruch 2000, 33

### Berufungsbegründung

- Rechtsanwalt, zugelassener 2000, 153

### Berufungsbegründungsfrist

- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83
- Prozesskostenhilfeantrag 2000, 83

### Betrug

- Beihilfe, § 27 StGB, des RA 2000, 82

### Beweislast

- Beratung, unterlassene
  - = Substantiierung 2000, 87
- Kausalität
  - = Fahrtenbuch 2000, 25

### Bilanzerstellung

- Prüfungspflichten
  - = Pensionsrückstellung 2000, 141
  - = Verträge 2000, 141

### Dritthaftung

- Abschlussprüfung 2000, 71
- Auskunftsvertrag, stillschweigender  
= Kontaktaufnahme 2000, 71
- Prüfungsauftrag 2000, 71
- Sacheinlage, verdeckte 2000, 135
- = Anwaltsfehler 2000, 12
- = Umwidmung 2000, 12
- Schädigung, sittenwidrige 2000, 71
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- = Abschlussprüfung 2000, 71
- = Gesellschafter 2000, 12, 135
- = Kapitalerhöhung 2000, 12, 135
- = Testat 2000, 71

### Feststellungsklage

- Schadeneintritt 2000, 135

### Freie Mitarbeiter

- Rechtsanwalt
- = Rechtsweg, Arbeits-/Zivilgericht 2000, 82

### Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 2000, 9
- = Fristensicherung 2000, 76
- Ausgangskontrolle
- = >, abendliche 2000, 86
- Empfangsbekanntnis 2000, 57
- Fristenkontrollbuch
- = Ausgangskontrolle 2000, 86
- = Fristverfügung
- Klebezettel 2000, 173
- = Organisationsverschulden
- Ablage, Sekretariat 2000, 173
- Klebezettel 2000, 173
- = Terminladung 2000, 57
- Fristenüberwachung durch RA
- = > bei Vorfristablauf 2000, 9
- Fristlöschung
- = Rechtsmittel 2000, 108
- Fristversäumnis, unverschuldetes
- = Anweisung
- Klebezettel 2000, 173
- = Falschadressierung 2000, 109
- = Fristberechnung 2000, 76
- = Postlaufzeit 2000, 5
- = Routinefrist 2000, 76
- Organisationsanweisung
- = Adressierung 2000, 109
- = Fristen-/Ausgangskontrolle 2000, 86
- Rechtsmittelauftrag
- = Fristlöschung 2000, 108
- Versäumnisurteil 2000, 57
- Vorfrist 2000, 9
- = Bearbeitungszeit 2000, 160

### Gesamtschuld/-schuldner

- Fehler des zweiten StB 2000, 116

### Geschäftsführung ohne Auftrag

- Fremdgeschäftsführungswille 2000, 165
- Parteivertreter, vollmachtsloser 2000, 165

### GI Aktuell

- Arbeitnehmerstatus, Rundfunk 2000, 106
- Arbeitszimmer
- = Höchstbetrag 2000, 29
- = Lehrer 2000, 29
- Belastung, außergewöhnliche
- = Altenpflegeheim, Kosten 2000, 159
- Einbringung, Steuervergünstigung 2000, 56
- Erbfolge, vorweggenommene
- = Last, dauernde 2000, 81
- = Versorgungsleistungen 2000, 81
- Gestaltungsmissbrauch
- = Kapitalanlagegesellschaft in Irland 2000, 133
- Grunderwerbsteuer
- = Bemessungsgrundlage, Baukosten 2000, 31
- Haftung des Auftraggebers für Vorunternehmer 2000, 132
- Jubiläumsrückstellung 2000, 80
- Kindergeld
- = Einkünfte der Kinder 2000, 158
- Nachversteuerung, Arbeitnehmer 2000, 81
- Postlaufzeiten 2000, 5
- Prozessdauer 2000, 28
- Realsplitting
- = Beschränkung, nachträgliche 2000, 158
- = Solidaritätszuschlag 2000, 55
- Sozialversicherungsbeitrag
- = Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld 2000, 3
- Standesrecht
- = Kollegialitätspflicht 2000, 54
- = Versäumnisurteil, § 13 BORA 2000, 54
- Umsatzsteuer
- = Befreiung, Rechtsform 2000, 4
- = Leistung, ärztliche 2000, 4
- = Heileurythmisten, § 4 Nr. 14 UStG 2000, 2
- Veräußerungsgewinn 2000, 56
- Vermietung
- = Nebenkostenumlage 2000, 107
- Vermittlungsausschuß 2000, 29
- Werbeverbot, Rechtsanwalt
- = Presse, Gruppenfoto 2000, 30
- Wiedereinsetzung
- = Postlaufzeit 2000, 5

### GmbH

- Sacheinlage, verdeckte 2000, 135
- = Anwaltsfehler 2000, 12
- = Umwidmung 2000, 12

### Honoraranspruch des RA

- Mediator, § 20 BRAGO 2000, 42
- Notgeschäftsführer 2000, 76

### Honoraranspruch des StB/WP

- Aufrechnung
- = Einforderbarkeit, fehlende 2000, 23
- Buchführung
- = Gegenstandswert 2000, 172
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV
- = Gegenstandswert 2000, 172
- Gegenstandswert
- = Jahresumsatz 2000, 172
- Honorarvereinbarung
- = >, mündliche 2000, 24
- = Inhalt der > 2000, 24

**Kausalität**

- Gesetzesänderung, ErbStG 2000, 67
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
  - = Fahrtenbuch 2000, 25
- Unterbrechung der >
  - = Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer 2000, 93
- Verhalten, beratungskonformes 2000, 67

**Klageverfahren**

- Streitgegenstand 2000, 33

**Lohnbuchhaltung**

- Erstattungsanspruch gg. Arbeitnehmer 2000, 93
- Sozialversicherung (s. dort)

**Mahnbescheid**

- Klageverfahren, Parteiwechsel 2000, 146
- Verzögerungen, Rückwirkung 2000, 146

**Mandatsübernahme**

- Fristenlöschung 2000, 108
- Rechtsanwalt 2000, 108

**Mediator**

- Interessenkollision 2000, 42
- Neutralität 2000, 42

**Mitverschulden**

- Kenntnis des Mandanten 2000, 116
- Zurechnung des Verschuldens
  - = > des zweiten StB 2000, 116

**Notar**

- Amtspflicht
  - = Treuhandtätigkeit 2000, 134
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige
  - = Betreuungstätigkeit 2000, 163
  - = Erfüllungsanspruch 2000, 63
  - = Schutzzweck, § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO 2000, 63
  - = Zeitpunkt der > 2000, 63
- Fälligkeitsbestätigung 2000, 163
- Parteivertreter, vollmachtsloser
  - = Rechtsanwalt 2000, 165
- Tätigkeit, betreuende, § 24 BNotO
  - = Grundstückskaufvertrag 2000, 134
- Treuhandgelder
  - = > der Bank 2000, 134

**Parteiverrat, § 356 StGB**

- Mediator 2000, 42

**Pensionsrückstellung**

- Prüfungspflichten 2000, 141

**Praxisveräußerung**

- Mandatsübernahme 2000, 39
- Nichtigkeit, § 139 BGB 2000, 39

**Prozesskostenhilfe**

- Berufungsbegründungsfrist 2000, 83
- Rechtsmittelerklärung 2000, 84
- Wirkung 2000, 84

**Prüfungspflicht**

- Bilanz, Pensionsrückstellung 2000, 141

**Rechtsanwalt**

- Angestellter, Vergütung
  - = Sittenwidrigkeit 2000, 95
- Arbeitnehmerähnliche Person, § 5 Abs. 1 Satz 1 ArbGG 2000, 82
- Beratungspflichten
  - = Bonitätsproblem 2000, 36
  - = Kaufvertrag 2000, 36
  - = Unfallschaden 2000, 140
- Berufungsgericht
  - = Schriftsatz an > 2000, 153
- Beurkundung, Parteivertreter 2000, 165
- Empfangsbekenntnis 2000, 57
- Freier Mitarbeiter 2000, 82
- Nachfragepflicht
  - = Mandatsinhalt 2000, 140
- Postulationsfähigkeit 2000, 153
- Rechtsmittelauftrag
  - = Auftragsannahme 2000, 108
  - = Fristnotierung 2000, 108
- Sachverhaltsermittlung 2000, 140
- Terminladung 2000, 57
- Vergütung, angemessene, § 612 BGB 2000, 95
- Versäumnisurteil 2000, 57

**Rechtsberatung/Rechtsbesorgung**

- Ergebnisabführungsvertrag 2000, 5
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA 2000, 5
- Schadenersatz wg. verbotener > 2000, 5
- Steuerberatungsvertrag 2000, 5

**Rechtsmittelauftrag**

- Auftragsbestätigung 2000, 108
- Fristlöschung 2000, 108

**Regressprozess**

- Mahnverfahren (s. unter Mahnbescheid)
- Substantiierung
  - = Steuerrecht, ausländisches 2000, 169

**Schaden**

- Hauskauf, Kaufpreis 2000, 149
- Kosten
  - = Hauszufahrt 2000, 149

**Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB**

- Abschlussprüfung 2000, 71

**Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB**

- § 323 HGB 2000, 71
- § 18 KWG 2000, 71
- §§ 2, 43, 48 WPO 2000, 71

**Sozialversicherung**

- Nachforderung
  - = Verjährung, § 25 SGB IV 2000, 151
- Versicherungspflicht
  - = Befreiungsantrag, § 8 Abs. 2 SGB V 2000, 151
  - = Kenntnis der > 2000, 151

**Sozietät**

- Honorarklage
  - = Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO 2000, 153
- Verjährung, §§ 68 StBerG, 51a WPO 2000, 176
- Vertrag mit Sozietät
  - = > aus WP und StB 2000, 176

### Steuerberatungsgesetz

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen  
= Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV 2000, 134
- = >, unerlaubte 2000, 134
- = Rechenzentrum 2000, 134

### Steuerberatungsvertrag

- Betreuungspflicht  
= Rechtsberatungsauftrag 2000, 5
- Haftung, Steuerberatungsfehler 2000, 5
- Nichtigkeit, § 134 BGB  
= Rechtsberatung, unerlaubte 2000, 5

### Steuererklärung

- Forderung des FA, Eröffnungsbilanz 2000, 116

### Treuhänder

- Notar
- = Bankgelder 2000, 134

### Unterlassungsanspruch

- Rechtsverteidigung 2000, 134
- Tatsachenbehauptung/Schmähkritik 2000, 134

### Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO

- Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
- Verjährungsbeginn  
= Ersatzmöglichkeit, anderweitige 2000, 163
- = Fälligkeitsbestätigung 2000, 163

### Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.

- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch  
= Anlass für > 2000, 120
- = Belehrung, fehlerhafte 2000, 120
- = Belehrungsinhalt 2000, 120
- Verjährungsbeginn  
= Ausschlussfrist, versäumte 2000, 120

### Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Anerkenntnis 2000, 90
- Arglisteinwand 2000, 113
- Belehrung über Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch  
= Anlass für > 2000, 5, 50, 113
- = Belehrungsbedürftigkeit 2000, 113
- = Ende der >, Beratung durch neuen StB 2000, 5
- = Wiederholung des Fehlers 2000, 50
- Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- Sozietät aus WP und StB 2000, 176
- Verjährungsbeginn  
= Bekanntgabe des Steuerbescheides 2000, 50
- = Mandatsende 2000, 116
- = Rat, fehlerhafter 2000, 50
- = Sekundäranspruch 2000, 116
- = Steuererklärung  
- § 10e EStG 2000, 50
- Wiederholung des Fehlers 2000, 90
- Verjährungshemmung  
= Rechtsausübung, unzulässige 2000, 90
- = Verhandlung 2000, 113
- Verjährungsunterbrechung  
= Anerkenntnis 2000, 90, 113
- Verzicht 2000, 90
- WP- und StB-Sozietät 2000, 176

### Verjährungsunterbrechung

- Anerkenntnis 2000, 90
- Mahnbescheid 2000, 10
- Verzicht 2000, 90
- Zustellung „demnächst“ 2000, 10

### Vermögensverwalter

- Anlagepolitik, Aktienkäufe 2000, 32
- Informationspflicht 2000, 32

### Verschwiegenheit

- Praxisveräußerung 2000, 39

### Versicherungsschutz

- Angaben zur Kündigung des Vorvertrages 2000, 127
- Pflichtverletzung, wissentliche  
= Postausgangsorganisation, fehlende 2000, 174
- Rücktritt des Versicherers 2000, 127
- Versichererwechsel 2000, 127

### Werbeverbot

- Gruppenfoto 2000, 30
- Presseveröffentlichung 2000, 30
- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

### Wettbewerb, unlauterer, § 3 UWG

- Steuerberatung, unbefugte 2000, 134

### Wiedereinsetzung

- Antrag  
= Prozesshandlung, nachzuholende 2000, 110
- Mittellosigkeit der Partei 2000, 83

### Wirtschaftsprüfer

- Stimmrechtsvertreter 2000, 127
- Zulassung  
= Rückwärtsversicherung 2000, 32
- = Vermögensverfall 2000, 32
- = Versicherungsschutz, fehlender 2000, 32

- BVerfG v. 11.1.1995 - 1 BvR 892/88 2000, 3
- BVerfG v. 29.10.1999 - 2 BvR 1264/90 2000, 2
- BVerfG v. 10.11.1999 - 2 BvR 2861/93 2000, 4
- BVerfG v. 11.11.1999 - 1 BvR 762/99 2000, 5
- BVerfG v. 17.11.1999 - 1 BvR 1708/99 2000, 28
- BVerfG v. 19.11.1999 - 2 BvR 1167/96 2000, 55
- BVerfG v. 29.11.1999 - 1 BvR 2284/98 2000, 30
- BVerfG v. 7.12.1999 - 2 BvR 301/98 2000, 29
- BVerfG v. 14.12.1999 - 1 BvR 1327/98 2000, 54
- BVerfG v. 18.2.2000 - 1 BvR 491/93, 1 BvR 562/93, 1 BvR 624/98 2000, 106

- BGH v. 28.1.1999 - IX ZR 240/98 2000, 63
- BGH v. 25.3.1999 - IX ZR 283/97 2000, 36
- BGH v. 22.4.1999 - IX ZR 364/98 2000, 57
- = MDR 99, 1025
- BGH v. 6.5.1999 - IX ZR 250/98 2000, 33
- BGH v. 27.5.1999 - VII ZR 24/98 2000, 10
- BGH v. 7.6.1999 - II ZB 25/98 2000, 110
- BGH v. 17.6.1999 - IX ZR 100/98 2000, 163
- BGH v. 17.6.1999 - IX ZB 32/99 2000, 9
- BGH v. 24.6.1999 - V ZB 19/99 2000, 83

BGH v. 24.6.1999 – IX ZB 30/99	2000, 84	OLG Köln v. 28.5.1999 – 11 U 265/98	2000, 134
BGH v. 20.9.1999 – 5 StR 729/98	2000, 82	= OLG-Report 99, 302	
= wistra 99, 459		OLG Köln v. 4.8.1999 – 5 U 74/99	2000, 140
BGH v. 30.9.1999 – IX ZR 139/98	2000, 5		
BGH v. 5.10.1999 – VI ZB 22/99	2000, 160	OLG München v. 24.11.1998 – 29 W 3071/98	2000, 82
BGH v. 15.10.1999 – V ZR 50/99	2000, 109	= OLG-Report 99, 279	
BGH v. 21.10.1999 – VII ZR 185/98	2000, 132		
BGH v. 8.11.1999 – II ZB 4/99	2000, 108	OLG Oldenburg v. 1.9.1998 – 5 U 74/98	2000, 172
BGH v. 2.12.1999 – IX ZR 415/98	2000, 135		
BGH v. 13.1.2000 – VII ZR 38/99	2000, 132	OLG Rostock v. 16.6.1999 – 6 U 2/98	2000, 76
		= OLG-Report 99, 374	
KG Berlin v. 12.1.1999 – 1 W 576/97	2000, 153	OLG Stuttgart v. 4.3.1998 – 9 U 255/97,	2000, 82
= OLG-Report 99, 191		rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH	
KG Berlin v. 18.1.1999 – 8 U 3790, 97	2000, 153	v. 28.1.1999 – III ZR 100/98	
= OLG-Report 99, 244		= OLG-Report 99, 210	
KG Berlin v. 20.1.1999 – 13 U 4044/97	2000, 25	OLG Stuttgart v. 28.5.1998 – 7 U 202/97	2000, 174
KG Berlin v. 9.9.1999 – 16 U 8959/98	2000, 93		
		OLG Zweibrücken v. 25.1.1999 – 7 U 131/98	2000, 113
		= OLG-Report 99, 431	
OLG Braunschweig v. 1.9.1999 – 2 W 125/99	2000, 134		
= OLG-Report 99, 380		LG Berlin v. 27.11.1997 – 13 O 19/97	2000, 125
OLG Celle v. 5.3.1999 – 4 U 216/98	2000, 86	= BB 99, 1591	
= OLG-Report 99, 278			
OLG Dresden v. 1.9.1998 – 14 U 174/98	2000, 134	LG Düsseldorf v. 10.8.1999 – 10 O 526/98,	2000, 50
= OLG-Report 99, 286		rkr.	
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 92/96	2000, 23		
OLG Düsseldorf v. 12.6.1997 – 13 U 124/96	2000, 24	LG Hamburg v. 22.6.1998 – 402 O 70/97	2000, 71
OLG Düsseldorf v. 29.10.1998 – 6 U 185/97	2000, 12	= WM 99, 139	
OLG Düsseldorf v. 3.12.1998 – 13 U 225/97	2000, 146		
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 38/98	2000, 67	LG Marburg v. 24.6.1999 – 1 O 89/99, rkr.	2000, 149
OLG Düsseldorf v. 17.12.1998			
– 13 U 100/97, n.rkr.	2000, 116	LG Oldenburg v. 29.1.1999	2000, 176
OLG Düsseldorf v. 7.1.1999 – 13 U 230/97	2000, 90	– 6 O 1357/98, rkr.	
OLG Düsseldorf v. 28.1.1999 – 13 U 144/97	2000, 87	LG Ulm v. 30.10.1998 – I KLS 23	
OLG Düsseldorf v. 18.2.1999 – 13 U 60/98	2000, 141	Js 18323/96 I AK 80/97	2000, 76
OLG Düsseldorf v. 2.3.1999 – 4 U 37/98	2000, 127	= wistra 99, 113	
= OLG-Report 2000, 11			
OLG Hamburg v. 8.6.1998 – 14 U 80/98	2000, 173	BFH v. 22.9.1999 – XI R 121/96	2000, 158
= OLG-Report 99, 219		BFH v. 18.10.1999 – GrS 2/98	2000, 56
		BFH v. 27.10.1999 – II R 17/99	2000, 31
OLG Hamm v. 20.11.1997 – 28 U 115/97,	2000, 120	BFH v. 10.11.1999 – X R 60/95	2000, 80
rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH		BFH v. 10.11.1999 – X R 46/97	2000, 81
v. 8.10.1998 – IX ZR 5/98		BFH v. 14.12.1999 – IX R 69/98	2000, 107
= OLG-Report 99, 296		BFH v. 19.1.2000 – I R 94/97	2000, 133
OLG Hamm v. 20.10.1998 – 28 U 79/97	2000, 42	BFH v. 24.2.2000 – III R 80/97	2000, 159
OLG Hamm v. 22.1.1999 – 29 U 42/98	2000, 165	BFH v. 1./2.3.2000 – VI R 162/98, VI R 196/98,	
= OLG-Report 99, 238		VI R 13/99, VI R 19/99	2000, 158
OLG Karlsruhe v. 24.2.1999 – 6 U 142/98	2000, 127	VG Dessau v. 23.7.1997 – 2 A 50/95	2000, 32
= OLG-Report 99, 228		= WPK-Mitt 97, 320	
OLG Koblenz v. 20.1.1999 – 1 U 903/96	2000, 134		
= OLG-Report 99, 342		BAG v. 14.12.1999 – 3 AZR 713/98	2000, 81
OLG Koblenz v. 23.7.1999 – 8 U 2086/98	2000, 39		
= OLG-Report 99, 503		ArbG Hersfeld v. 4.11.1998 – 2 Ca 255/98	2000, 95
OLG Köln v. 6.11.1998 – 20 U 73/98	2000, 169		
OLG Köln v. 22.1.1999 – 20 U 40/98	2000, 32	SG Dortmund v. 15.6.1999 – S 8 KR 191/98	2000, 151
= OLG-Report 99, 299			

Rechtsberatung durch StB •  
Honoraranspruch • Nichtigkeit des  
Gesamtvertrages (BGH);  
Notarhaftung • Satzungsänderung •  
Weisung; Rücknahme des Handels-  
registerantrags • Anderweitige  
Ersatzmöglichkeit • vGA (BGH);  
Anwaltshaftung • Kündigungsschutz-  
klage • Klage gg. Gemeinschuldner  
(OLG Frankfurt);  
Steuerberaterhaftung • Kenntnis des  
Steuerrechts • Umsatzbesteuerung,  
Geldspielautomaten • Vorlage zum

EuGH • FG-Beschluß in DStR •  
Fehler des Zweitberaters  
(OLG Hamm);  
Haftung des StB • Sicherster Weg •  
Umfassende Beratung • Angebot des  
Finanzamts (OLG Düsseldorf);  
Versicherungsschutz • Verjährung,  
§ 12 VVG • Deckungsbereich, StB-  
Police • Treuhänderische Geldanlage  
(OLG Düsseldorf)  
  
und aktuelle Entscheidungen,  
die von besonderer Bedeutung sind



#### BEIHEFTER:

Die Schadenfälle im Bereich der  
Berufshaftpflicht bei den wirtschafts-  
prüfenden, rechts- und steuerbera-  
tenden Berufen haben in den letzten  
Jahren stetig zugenommen. Die  
Ansprüche der Mandanten nehmen  
ganz neue Ausmaße an und die

heutige Rechtsprechung trägt auch  
nicht gerade zu einer Vereinfachung  
Ihrer Berufsausübung bei.  
Damit Sie im Falle eines Schadens  
richtig beraten sind, haben wir ein  
kurzes Merkblatt zum Verhalten im  
Schadenfall entwickelt.

#### IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts-  
und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

#### Herausgeber:

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-53 54  
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

#### Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

#### Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

#### Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

#### Layout und Satz:

Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

#### Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

#### Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils ein-  
geschlossen. Bestellungen nimmt  
der Herausgeber entgegen.